



VOX-Analyse Juni 2021

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Martina Mousson: Projektleiterin

Tobias Keller: Projektleiter i.A.

Aaron Venetz: Projektleiter Dataprojekte/Programmierer

Laura Salathe: Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Camil Estermann: Praktikant Data Science

Daniel Bohn: Projektmitarbeiter

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	5
2	DIE BETEILIGUNG	9
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	14
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	14
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	16
3.3	Die Informationsgewinnung	17
4	VOLKSINITIATIVE FÜR SAUBERES TRINKWASSER UND GESUNDE NAHRUNG («TRINKWASSER-INITIATIVE»)	20
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	20
4.2	Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	21
4.3	Die Motive	25
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	28
5	VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE SCHWEIZ OHNE SYNTHETISCHE PESTIZIDE» («PESTIZIDVERBOT-INITIATIVE»)	30
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	30
5.2	Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	31
5.3	Die Motive	34
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	36
6	BUNDESGESETZ ÜBER DIE GESETZLICHEN GRUNDLAGEN FÜR VERORDNUNGEN DES BUNDESRATES ZUR BEWÄLTIGUNG DER COVID-19-EPIDEMIE (COVID-19-GESETZ)	39
6.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	39
6.2	Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	40
6.3	Die Motive	43
6.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	46
7	BUNDESGESETZ ÜBER DIE VERMINDERUNG VON TREIBHAUSGASEMISSIONEN (CO2-GESETZ)	48
7.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	48
7.2	Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	49
7.3	Die Motive	52
7.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	53
8	BUNDESGESETZ ÜBER POLIZEILICHE MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON TERRORISMUS (PMT) («TERRORISMUS-GESETZ»)	56
8.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	56
8.2	Der Stimmenscheid nach sozialen und politischen Merkmalen	57
8.3	Die Motive	60
8.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	62
9	ANHANG	64
9.1	Technischer Bericht	64
9.2	Über die Studie	68

9.3	gfs.bern-Team	69
-----	---------------------	----

1 Die zentralen Befunde

Fast 60 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung haben am 13. Juni 2021 abgestimmt – und vergleichsweise viele, die dem Bundesrat weniger stark vertrauen. Die beiden Agrar-Initiativen haben am stärksten mobilisiert, wobei das CO₂-Gesetz am stärksten diskutiert wurde. Die starke Mobilisierung der Agrar-Initiativen in ländlichen Regionen hat aber nicht nur zu zwei klaren Nein bei diesen Initiativen geführt, sondern auch dazu beigetragen, dass das CO₂-Gesetz abgelehnt wurde. Zudem haben finanzielle Abwägungen das Nein beim CO₂-Gesetz unterstützt. Jüngere haben beim CO₂-Gesetz zwar mehrheitlich Ja gestimmt, aber das hat nicht gereicht. Beim Covid-19-Gesetz hat eine klare Mehrheit ihr Vertrauen dem Bundesrat, dem BAG und der COVID-19 Task Force ausgesprochen. Ebenfalls ist das Ja zum Terrorismus-Gesetz ein Vertrauensbeweis für den Bundesrat und die Polizei, die nun mehr Instrumente zur Verfügung hat, um die Schweiz vor terroristischen Attentaten zu schützen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'057 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Juni 2021. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Nein zur Trinkwasser-Initiative als Ausdruck des Vertrauens in den Bauernstand Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» («Trinkwasser-Initiative»)

Die Trinkwasser-Initiative wollte über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft starke Umweltauflagen einführen. Sie scheiterte mit 39,3 Prozent Ja-Stimmenanteil deutlich. Die Nein-Seite begründete dies am ehesten mit der Verbundenheit zur Landwirtschaft und beurteilte die Forderungen als zu extrem oder fand die Vorlage übertrieben. Auf dem Land war die Ablehnung deutlicher, während sie in Kernstädten eine Mehrheit überzeugte. Der Lebensort war damit für die Entscheidung wichtiger als soziodemographische Merkmale der Befragten. Die Abstimmung erwies sich insgesamt als Vertrauensbekundung an die heutige Landwirtschaft: Je höher das Vertrauen in die Bauern war, desto höher fiel der Nein-Anteil aus. Politisch betrachtet wurde die Initiative von Personen, die sich politisch links positionieren oder mit linken oder grünen Parteien sympathisieren, deutlich besser beurteilt, wobei es aus den Reihen von GLP und SP-Anhängerschaften trotz Ja-Mehrheiten auch viele Nein-Stimmende gab. Befürwortende begründeten die Sympathien sowohl mit Umweltaspekten wie auch mit der Gesundheit, weil Trinkwasser eine wichtige Lebensgrundlage darstellt.

Pestizideinschränkungen zwar akzeptiert, das Verbot aber scheitert auch aus preislichen Erwägungen

Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» («Pestizidverbot-Initiative»)

Bereits der Bundesrat hat die Diskussion über die Trinkwasser-Initiative und die Pestizidverbots-Initiative gemeinsam geführt. Die Abstimmung über zwei agrarpolitische Vorlagen am gleichen Tag führte auch in den Medien meist zu einer parallelen Diskussion und die Nein-Seite argumentierte gegen beide Vorlagen ähnlich. Das übertrug sich

auf das Stimmverhalten: Über 90 Prozent stimmten gleich, das Resultat fiel mit 39,4 Prozent Ja-Stimmenanteil praktisch identisch aus und auch das Konfliktmuster bei den beiden Vorlagen präsentiert sich annähernd deckungsgleich. So wirkte sich beispielsweise die Differenzierung der GLP mit Stimmfreigabe bei der Pestizidverbots-Initiative und einer Ja-Parole für die Trinkwasser-Initiative nicht erkennbar auf die Mehrheitsverhältnisse bei den GLP-Sympathisierenden aus. Die Differenzierung bei den Stimmenden war damit zwar auf anhand der Argumente gut fundiert, beschränkte sich jedoch auch beim Nein zur Pestizidverbots-Initiative im Kern auf das Vertrauen in den Bauernstand. Die Beurteilung der Ja- und Nein-Argumente verweisen darauf, dass ein grundsätzlicher Stopp von Pestiziden in der Landwirtschaft zwar gut akzeptiert ist und sogar als machbar gilt, jedoch die vorgeschlagenen Auflagen Lebensmittel in der Schweiz teurer machen würden. Steigende Lebensmittelpreise wurden spontan bei beiden Vorlagen selten als Grund für das Nein genannt, Preiserwägungen spielten aber auf Ebene der Argumente ebenfalls eine wichtige Rolle.

Ja-Stimmende vertrauen dem Bundesrat, BAG und der COVID-19 Task Force Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Das Covid-19-Gesetz wurde erlassen, um die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, damit der Bundesrat die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft mildern kann. Der Verein «Freunde der Verfassung» hat das Referendum ergriffen, da mit diesem Gesetz Missbrauchspotenzial entstünde und am Volk vorbei erarbeitet worden sei. Das Covid-19-Gesetz wurde mit 60,2 Prozent Ja-Stimmen klar angenommen. Ja-Stimmende vertrauen dem Bundesrat, dem BAG und der COVID-19 Task Force. Für sie ist klar, dass die Gesetzesgrundlage notwendig ist, um finanzielle Unterstützung zu sichern, es eine klare Führung während der Pandemie benötigt und der Bundesrat einen guten Job mache. Nein-Stimmende hingegen waren mehrheitlich jünger als 40 Jahre, haben geringeres Vertrauen in den Bundesrat und sympathisieren mehrheitlich mit der SVP. Sie argumentierten, dass mit der Annahme des Gesetzes zu viel Missbrauchspotenzial entstünde, die Kosten zu hoch seien, dass es zu einem Impfbzwang käme und die Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie schlimmer seien als das Virus selbst.

Klimaschutz verliert gegen die erwarteten Teuerungen und hohen Kosten Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO2-Gesetz)

Das CO2-Gesetz knüpft an die bisherige Klimapolitik an und zielt darauf ab, die Reduktion des CO2-Ausstosses zu reduzieren. Das Gesetz schafft finanzielle Anreize, um klimafreundliches Verhalten zu fördern. Wirtschafts- und SVP-Kreise haben zusammen mit der Westschweizer Sektion der Klimastreikbewegung das Referendum ergriffen. Während Wirtschafts- und SVP-Kreise kritisierten, dass das Gesetz zu teuer werden würde, ging es den Klimastreikbewegenden zu wenig weit. Das Gesetz wurde mit 48,4 Prozent Ja-Stimmenden abgelehnt. Die Motive der Nein-Stimmenden waren mehrheitlich finanzieller Natur: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis des CO2-Gesetzes stimmt nicht

und schwächt den Mittelstand. Der Grundsatz eines aktiven Klimaschutzes war in der Gegnerschaft umstritten: 46 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten dem Argument für ein entschiedeneres Vorgehen gegen den Klimawandel zu. Die Mehrheit von ihnen vertraut jedoch weder den Umweltverbänden, der Wissenschaft noch der Klimafor-schung sehr. Die Mehrheit der Nein-Stimmenden sympathisieren mit der SVP, FDP und der Mitte. Es ist anzunehmen, dass die Mobilisierung der Agrarinitiativen einen Einfluss auf das Nein des CO₂-Gesetzes hatte, denn das dreifache Nein (Agrarinitiativen und CO₂-Gesetz) kam auch durch die grosse Unterstützung von Personen aus ländlichen Ge-bieten zustande. Für die klare Mehrheit der Ja-Stimmenden hingegen war wichtig, dass der Umweltschutz höher zu werten ist als der wirtschaftliche Wohlstand – und deshalb dringend gehandelt werden müsste. Zudem zeigt sich, dass mit steigendem Alter der Nein-Anteil deutlich steigt. Jüngere haben mehrheitlich Ja gestimmt, auch weil Jüngere im Vergleich zu Älteren den Umweltschutz höher gewichten als den Wohlstand.

Terrorismus-Sorgen überwiegen Angst vor Polizei-Willkür und Überwachungsstaat Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) («Terrorismus-Gesetz»)

Das Terrorismus-Gesetz soll eine Gesetzeslücke schliessen, indem sie der Polizei mehr Möglichkeiten gibt, um terroristische Attentate zu verhindern. Dagegen wurde das Re-ferendum vom Verein «Freunde der Verfassung» und verschiedenen Jungparteien er-griffen. Für sie ist klar, dass das Gesetz zu schwammig sei und die Schweiz zum Polizei-staat werden könnte. Das Terrorismus-Gesetz wurde mit 56,6 Prozent Ja-Stimmen an-genommen. Ja-Stimmende kamen von Sympathisantinnen und Sympathisanten der Mitte, FDP, SVP, GLP und Grüne. Sie haben mindestens hohes Vertrauen in die Polizei und den Bundesrat. Zudem war für sie ausschlaggebend, dass die Sicherheit der Schweiz verstärkt werden müsse und die Torgefahr real sei. Deshalb müsse die Polizei mehr Instrumente erhalten. Für Nein-Stimmende erlaubt das Gesetz zu viele Befugnisse, er-möglicht willkürliches Verhalten der Polizei und führt zum Verlust des Rechtsstaates. Nein-Stimmende waren auch mehrheitlich jüngere Personen. Der Alterseffekt war grö-sser als beim CO₂-Gesetz.

Junge und Personen von «rechtsaussen» wurden stark mobilisiert Die Beteiligung

Am eidgenössischen Urnengang vom 13. Juni 2021 nahmen vergleichsweise sehr viele Stimmberechtigte an der Abstimmung teil: Bei den fünf Vorlagen lag die Teilnahme zwi-schen 59,5 Prozent und 59,7 Prozent. Nur an vier anderen Sonntagen gaben mehr Per-sonen ihre Stimme ab. Was bei der Teilnahme im Vergleich zu anderen Abstimmungs-sonntage auffällt: Am 13. Juni 2021 haben vermehrt Junge ihre Stimme abgegeben, näm-lich 54 Prozent aller 18–29-Jährigen, und Personen, die sich in der Links-Rechts-Selbsteinstufung mit «rechtsaussen» positionieren. Zudem haben viele an der Abstim-mung teilgenommen, die dem Bundesrat nicht sehr stark vertrauen.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 13. Juni 2021 hatte das Schweizer Stimmvolk über fünf Vorlagen zu entscheiden. Die Trinkwasser-Initiative, die Pestizidverbot-Initiative und das CO₂-Gesetz wurden abgelehnt. Das COVID-19-Gesetz und das Terrorismusgesetz wurden angenommen.

2 Die Beteiligung

Am 13. Juni 2021 haben die Schweizer Stimmberechtigten über fünf Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» («Trinkwasser-Initiative»)
2. Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» («Pestizidverbot-Initiative»)
3. Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)
4. Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)
5. Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) («Terrorismus-Gesetz»)

Die Stimmbeteiligung betrug bei allen Vorlagen rund 60 Prozent.¹ Damit ist die Stimmbeteiligung sogar wenige Prozentpunkte höher als beim «Super Sunday» im September 2020.² Nur an vier Sonntagen seit 1971 haben mehr Personen ihre Stimme abgegeben.

In Tabelle 1 wird die Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Die Teilnahme entlang gesellschaftlicher Gruppen zeigt übliche Muster auf. Die Teilnahme zeigt eine deutliche Abhängigkeit vom Alter und individuellen Bildungsgrad. Tendenziell lässt sich sagen, je älter oder je höher der Bildungsgrad von jemandem ist, desto höher fällt auch die Teilnahme von Personen dieser Gruppe aus. Die Hälfte der Teilnehmenden war über 53 Jahre alt³. In hohem Mass gilt die Altersabhängigkeit bei Männern, die 60jährig oder älter sind. Hier wirkt klassisch die Vorstellung der Teilnahme als Bürgerpflicht. Die Vorlagenkombination mobilisierte insgesamt aber auch Personen, die zwischen 18–29 Jahren alt sind (54%), und auch aus allen Einkommensgruppen.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

² [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

³ Median bei Frauen: 53 Jahre, Median bei Männern: 52 Jahre.

Tabelle 1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
total	59.7	3025	
Alter			V=.18***
18-29 Jahre	54	434	± 4.7
30-39 Jahre	48	410	± 4.8
40-49 Jahre	53	489	± 4.4
50-59 Jahre	58	663	± 3.8
60-69 Jahre	72	505	± 3.9
70 Jahre und älter	71	524	± 3.9
Geschlecht			V=.04*
Frauen	58	1561	± 2.5
Männer	62	1464	± 2.5
Geschlecht und Alter			V=.17***
Frauen / 18-39	49	467	± 4.5
Männer / 18-39	53	377	± 5
Frauen / 40-65	57	700	± 3.7
Männer / 40-65	60	709	± 3.6
Frauen / 65+	69	394	± 4.6
Männer / 65+	77	378	± 4.3
Bildungsgrad			V=.12***
ohne nachobligatorische Bildung	52	312	± 5.6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	55	1030	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	62	765	± 3.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	69	785	± 3.2
Haushaltseinkommen			V=.08**
bis 3'000 CHF	50	146	± 8.1
3'000-5'000 CHF	56	349	± 5.2
5'000-7'000 CHF	61	503	± 4.3
7'000-9'000 CHF	57	474	± 4.5
9'000-11'000 CHF	58	369	± 5
über 11'000 CHF	65	666	± 3.6

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Siedlungsart			V=.07
ländlich	65	689	± 3.6
kleine/mittlere Agglomeration	58	979	± 3.1
grosse Agglomeration	57	743	± 3.6

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%). Cramér's V-Tests und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Weiterhin zeigt sich eine starke Abhängigkeit der Mobilisierung entlang politischer Merkmale. Wie üblich erklärt das grundsätzliche Interesse an der Politik die Teilnahme sehr stark mit. Personen, die sich auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung als rechtsaus-sen einstufen, wurden am stärksten mobilisiert – sehr viel stärker als der Gegenpol link-sausen. Hinsichtlich Parteisympathie zeigt sich dieses Muster nicht ganz so eindeutig: Personen, die der SVP (73%), GLP (72%) und FDP (71%) sympathisch gegenüberstehen, gingen alle zu über 70 Prozent ihrer Bürgerinnen- und Bürgerpflicht nach. Sympathisierende der Grünen gingen zu 68 Prozent stimmen, von denjenigen der SP 59 Prozent und von der Mitte 58 Prozent. Personen, die dem Bundesrat nur gering oder sogar sehr gering vertrauen, waren zu rund 60 Prozent stark mobilisiert. Minim stärker wurden aber auch Personen, die dem Bundesrat hohes oder sehr hohes Vertrauen schenken. Während der Anteil von Teilnehmenden, die dem Bundesrat sehr hohes Vertrauen schenken (8-10 auf einer 10er-Skala), im November 2020 bei 48 Prozent und im März 2021 bei 49 Prozent lag, lag dieser Wert im Juni 2021 nur noch bei 42 Prozent. Dafür gaben im Juni 2021 rund 8 Prozentpunkte mehr an, dem Bundesrat hohes Vertrauen zu schenken (6-7 von 10) als im November 2020 respektive März 2021.

Wie schon das Total der Stimmbeteiligung gezeigt hat, gingen am 13. Juni 2021 vergleichsweise sehr viele Personen ihre Stimme abgeben. Obwohl Personen von rechtsaus-sen am stärksten mobilisiert werden konnten, gingen Personen mit unterschiedlichen Parteisympathien und unterschiedlichem Vertrauen in den Bundesrat an die Urne.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	59.7	3025	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.24***
linkausen (0-2)	62	317	± 5.3
links (3,4)	65	578	± 3.9
Mitte (5)	52	852	± 3.4
rechts (6,7)	71	544	± 3.8
rechtsausen (8-10)	87	348	± 3.5

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Parteisympathie			V=.22***
SVP	73	500	± 3.9
FDP	71	386	± 4.5
Die Mitte	58	325	± 5.4
GLP	72	210	± 6.1
SP	59	467	± 4.5
Grüne	68	252	± 5.8
andere Partei	58	145	± 8.1
keine	43	383	± 5
Politisches Interesse			V=.44***
sehr interessiert	93	521	± 2.3
eher interessiert	68	1568	± 2.3
eher nicht interessiert	41	729	± 3.6
überhaupt nicht interessiert	10	149	± 4.9
Vertrauen in den Bundesrat			V=.12***
sehr gering bis gering (0-4)	60	334	± 5.3
mittel (5)	49	583	± 4.1
hoch (6-7)	65	746	± 3.4
sehr hoch (8-10)	63	1260	± 2.7

29 Prozent der Nicht-Teilnehmenden haben angegeben, dass sie vergessen haben, an der Abstimmung teilzunehmen (vgl. Tabelle 3). Das waren etwas weniger als an der letzten Abstimmung. Dafür waren etwas mehr «verhindert» und konnten deshalb nicht teilnehmen (25%). 15 Prozent haben als Grund Entscheidungsschwierigkeiten angegeben. Dass die Abstimmungsthemen zu kompliziert gewesen seien, gaben 11 Prozent an. Desinteresse an den Themen war für 7 Prozent der entscheidende Grund. Gründe, die für Politikverdrossenheit sprechen könnten, wurden von wenigen angegeben: 7 Prozent gaben an, dass ihre Meinung sowieso nichts ändere, respektive, dass es auf ihre Stimme nicht ankomme. Ebenfalls 7 Prozent gaben an, dass sie aus Prinzip nie an Abstimmungen teilnehmen würden. Je 3 Prozent gaben an, dass die Abstimmungsergebnisse klar gewesen seien, oder, dass sie demokratischen Prozessen misstrauen würden.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen	29	179
Ich war verhindert	25	149
Ich konnte mich nicht entscheiden	15	91
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	11	58
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern	7	47
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert	7	45
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt	7	43
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil	7	40
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist	3	20
Ich misstrauere demokratischen Prozessen	3	17
weiss nicht / keine Angabe	6	39

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 796. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabellen 4 und 5). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0-10 für die Trinkwasser-Initiative 7.3, die Pestizidverbot-Initiative 7.5, das Covid-19-Gesetz 7.0, das CO₂-Gesetz 7.9 und das Terrorismus-Gesetz 7.0. Diese Werte sind allesamt höher als von der Abstimmung im März 2021 (Verhüllungsverbot, E-ID-Gesetz und FH Indonesien). Da alle sehr hohe Werte erzielten, waren offensichtlich alle Vorlagen von grosser persönlicher Bedeutung mit einem klaren Vorteil für das CO₂-Gesetz.

Auch die Swissovot-Inserateanalyse zeigt, dass äusserst viele Inserate für das CO₂-Gesetz (nur für die Masseneinwanderungsinitiative wurden seit 2013 mehr Inserate geschaltet), die Trinkwasser- und die Pestizidverbot-Initiative geschaltet wurden. Weniger jedoch für das Covid-19-Gesetz und das Terrorismus-Gesetz.⁴

Tabelle 4: Persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Trinkwasser-Initiative		Pestizidverbot-Initiative		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	3	67	3	53	3	77
gering (2-4)	10	203	9	178	11	195
mittel (5)	12	270	10	223	16	307
hoch (6-8)	38	831	37	853	37	831
sehr hoch (9-10)	38	840	41	914	33	783
Mittelwert (total)	7.3	2211	7.5	2221	7.0	2193

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

⁴ APS-Inserate-Analyse vom 13. Juni 2021

Tabelle 5: Persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	CO2-Gesetz		Terrorismus-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	N
sehr gering (0-1)	2	51	2	55
gering (2-4)	6	131	15	228
mittel (5)	9	178	14	290
hoch (6-8)	36	746	36	844
sehr hoch (9-10)	47	1109	33	746
Mittelwert (total)	7.9	2215	7.0	2163

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Verständnisschwierigkeit war bei allen fünf Vorlagen relativ ähnlich (Tabellen 6 und 7): Mehr als vier von fünf fanden es leicht, sich beim CO₂-Gesetz zu entscheiden (81%), 77 Prozenste bei der Pestizidverbot-Initiative, 76 Prozent beim CO₂-Gesetz und je 73 Prozent bei der Trinkwasser-Initiative und beim Terrorismus-Gesetz. Insgesamt fiel dementsprechend den wenigsten eine Entscheidung schwer.

Tabelle 6: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnis-schwierigkeiten	Trinkwasser-Initiative		Pestizidverbot-Initiative		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	73	1543	77	1649	76	1642
eher schwer	27	589	23	478	24	422
N (total)		2132		2127		2064

Tabelle 7: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnis-schwierigkeiten	CO ₂ -Gesetz		Terrorismus-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	81	1711	73	1522
eher schwer	19	421	27	513
N (total)		2132		2035

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabellen 8 und 9). Demnach war das CO₂-Gesetz und das Covid-19-Gesetz am stärksten vorbestimmt. Rund zwei Drittel wussten von Anfang an, wie sie stimmen würden. Etwas weniger als 60 Prozent wussten bei den anderen drei Vorlagen von Anfang an, wie sie stimmen würden. Während des Abstimmungskampfes haben sich zwischen einem Drittel und einem Viertel entschieden. Last-Minute-Entscheidungen wurden vor allem beim Terrorismus-Gesetz getroffen: 12 Prozent haben sich im letzten Moment für ein Ja oder Nein entschieden, was im Vergleich zu den anderen Vorlagen deutlich mehr waren (6–8% Last-Minute-Entscheidungen bei den anderen Vorlagen).

Tabelle 8: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Trinkwasser-Initiative		Pestizidverbot-Initiative		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	58	1254	59	1320	65	1429
während Abstimmungskampf	34	751	33	700	26	524
im letzten Moment	8	193	7	171	8	173
N (total)		2198		2191		2126

Tabelle 9: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	CO2-Gesetz		Terrorismus-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	68	1495	58	1237
während Abstimmungskampf	25	523	30	626
im letzten Moment	6	157	12	220
N (total)		2175		2083

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, sind in ähnlicher Reihenfolge wie bei den vorherigen Abstimmungen (Tabelle 10). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1–10), mit der sie sich mit diesem Medium informiert haben.

Artikel in Zeitungen (84%), das Bundesbüchlein (84%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (75%) waren erneut die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 6 oder höher auch intensiver als alle übrigen beachtet. Online-Quellen haben ebenfalls eine hohe Bedeutung: Mit 70 Prozent, die News-Seiten im Internet beachten, ist diese Quelle die Nummer vier und auch in der Nutzungsintensität belegt diese weiterhin einen Platz in den Top-5. Etwas weniger als zwei Drittel nutzen Abstimmungssendungen im Radio mit derselben Intensität im Mittelwert, wie News-Seiten genutzt werden. Leserbrief, Abstimmungszeitungen, Flyer, Inserate in Zeitungen oder Strassenplakate werden von rund 60 Prozent genutzt. Meinungsumfragen werden von rund der Hälfte genutzt. Auf den hinteren Rängen finden sich mit weniger als der Hälfte des Nutzungsanteils Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz, Filme und Videoclips im Internet oder soziale Medien. Die VoteInfo-App wird zwar nur von 30 Prozent genutzt, die Nutzungsintensität ist mit 5 aber an sechst höchster Stelle.

Tabelle 10: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Artikel in Zeitungen	84	6.3	1983
Das Bundesbüchlein	84	6.4	1965
Abstimmungssendungen am Fernsehen	75	6	1802
News-Seiten im Internet	70	5.3	1586
Abstimmungssendungen am Radio	65	5.3	1573
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	60	4.7	1408
Abstimmungszeitungen oder Flyers	60	4.5	1438
Inserate in Zeitungen	57	4	1355
Strassenplakate	56	3.7	1352
Meinungsumfragen	53	4.1	1200
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	46	4.4	1134
Mitteilungen am Arbeitsplatz	44	4.3	954
Filme und Videoclips im Internet zum Beispiel auf Youtube	40	3.9	901
Soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	36	4	875
VoteInfo-App vom Bund	30	5	704

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. n = 2'330.

Erneut lassen sich Unterschiede zwischen hauptsächlichem Kommunikationskanal und dem Stimmverhalten festhalten (Tabellen 11 und 12). Bei der Trinkwasser- und der Pestizidverbot-Initiative sowie dem CO₂-Gesetz gibt es kaum Unterschiede beim Kommunikationskanal, beim Covid-19-Gesetz und beim Terrorismusgesetz haben sich Ja-Stimmende häufiger online und offline oder nur online informiert.

Tabelle 11: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Trinkwasser-Initiative			Pestizidverbot-Initiative			Covid-19-Gesetz		
	Ja-Stimmende in %	n	SD	Ja-Stimmende in %	n	SD	Ja-Stimmende in %	n	SD
online	37	424	± 4.6	37	418	± 4.6	53	414	± 4.8
beides gleich	41	974	± 3.1	41	970	± 3.1	62	955	± 3.1
offline	39	762	± 3.5	39	762	± 3.5	64	745	± 3.5
N (total) / Cramérs V		2160	V=.03		2150	V=.04		2114	V=.08

Tabelle 12: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	CO ₂ -Gesetz			Terrorismus-Gesetz		
	Ja-Stimmende in %	n	SD	Ja-Stimmende in %	N	SD
online	52	420	± 4.8	49	413	± 4.8
beides gleich	47	970	± 3.1	56	951	± 3.2
offline	51	747	± 3.6	64	728	± 3.5
N (total) / Cramérs V		2137	V=.04		2092	V=.11

4 Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung («Trinkwasser-Initiative»)

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Schweizer Landwirtschaftsbetriebe werden vom Bund mit Direktzahlungen unterstützt. Diese erhalten sie nur, wenn sie bestimmte Umweltauflagen, beispielsweise bei der Tierhaltung oder der Biodiversität, einhalten. Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasser-Initiative) wollte diese Auflagen verschärfen. Direktzahlungen sollten künftig nur noch unter bestimmten Voraussetzungen ausgerichtet werden. In der Tierhaltung sollten Antibiotika weder vorbeugend noch regelmässig eingesetzt werden und Landwirtschaftsbetriebe sollten einen Tierbestand haben, der mit dem auf dem Betrieb produzierten Futter ernährt werden kann. Insgesamt soll pestizidfrei produziert werden. Bereits 2015 wurde ein Initiativkomitee durch Franziska Herren gegründet. Der Verein «Sauberes Trinkwasser für alle» hat mit der Unterstützung von Umwelt- und Tierschutzorganisationen im Februar 2018 mit 113'979 gültigen Unterschriften die Initiative erfolgreich eingereicht.

Im Kontext der zusammen mit der Pestizid-Verbotsinitiative (Kapitel 5) diskutierten Trinkwasser-Initiative stellten Bundesrat und Parlament eine Gesetzesänderung im Rahmen der Agrarpolitik 22+ in Aussicht. Diese sollte Bäche, Flüsse, Seen und das Trinkwasser besser vor Pestiziden schützen. Betroffene Bereiche wären dieselben gewesen, die auch in die Pestizidinitiative vorgesehen sind. Nach langer Debatte wurde die neue Landwirtschaftspolitik schliesslich von beiden Räten sistiert. Somit steht den beiden Initiativen kein konkreter Gegenvorschlag gegenüber. Allerdings wurde in der Frühjahrssession 2021 ein neues Pestizidgesetz verabschiedet, das verlangt, dass die Risiken beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis 2027 um 50 Prozent gesenkt werden. Darüber hinaus hat der Bundesrat Ende April 2021 einen Massnahmenplan für sauberes Wasser vorgestellt.

Bundesrat und Parlament empfahlen die Trinkwasser-Initiative zur Ablehnung. Am 13. Juni 2021 wurde die Volksinitiative «für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» mit einem Ja-Anteil von 39,3 Prozent klar abgelehnt. Die in vielen Debatten und in der Nein-Kampagne gemeinsam diskutierten Agrarinitiativen erzielten eine sehr hohe Sichtbarkeit im ländlichen Raum, weil sich sehr viele Bäuerinnen und Bauern vor allem im Sinne des Bauernverbands einsetzten, der sich mit grossem Mitteleinsatz gegen beiden Initiativen stellte.⁵ Die Debatten wurden emotional geführt und es kam zu Angriffen und Drohungen.⁶

⁵ [Link zu Artikel auf srf.ch](#)

⁶ [Link zu Artikel auf bote.ch](#)

4.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die Abstimmung über die Trinkwasser-Initiative brachte einen grossen Stadt-Land-Graben. In der BFS-Analyse wurde die Initiative auf dem Land mit 29 Prozent Ja-Stimmen-Anteil klar verworfen⁷, während sie in Kernstädten mit 59 Prozent eine Mehrheit überzeugte. Im Vergleich dazu fallen die Unterschiede entlang sozial oder sozioökonomisch betrachtet gering aus.

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 13) zeigen, dass sich die Zustimmung nach **Alter**, **Bildung** und **Haushaltseinkommen** unterscheidet. Obwohl die Effekte signifikant sind, fallen sie gemessen an ihrer Stärke besonders beim Haushaltseinkommen aufgrund der kleinen Cramérs V (sehr) gering aus. Nicht signifikant ist der Unterschied nach **Geschlecht**.

Insgesamt haben folgende soziodemographischen Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Personen, die (eher) älter sein, eine akademische Ausbildung abgeschlossen haben oder nicht über ein mittleres Haushaltseinkommen verfügen.

Im **Detail** zeigt sich hinsichtlich des **Alters** der Stimmenden, dass Personen im Alter von 60–69 Jahren vergleichsweise häufiger Ja gestimmt haben als andere Altersgruppen. Jüngere im Alter bis 39 Jahre haben verstärkt Nein gestimmt. Auch beim **Einkommen** gibt es keinen linearen Zusammenhang. Tiefere und höchste Einkommensstufen haben verstärkt Ja gesagt, während die Einkommensstufen in der Mitte (CHF 5'000–7'000 und CHF 7'000–9'000 CHF) die Trinkwasser-Initiative verstärkt ablehnten. Dass der Mittelstand die Initiative besonders kritisch beurteilte, zeigt auch die Auswertung nach **Bildung**. Wer eine Berufslehre oder keine nachobligatorische Schule abschloss, lehnte die Initiative deutlicher ab als Personen mit Maturität, höherer Berufsbildung oder einem tertiären Abschluss. Akademiker:innen haben der Initiative mit 50 Prozent deutlich stärker zugesprochen als die übrigen Bildungsstufen. Bemerkenswert ist die praktisch identische Beurteilung der Trinkwasser-Initiative nach **Geschlecht**: Männer stimmten zu 38 Prozent für die Initiative, Frauen zu 41 Prozent. In der Regel stimmen Frauen viel deutlicher für Umweltanliegen als Männer.

⁷ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/jahr-2021/2021-06-13/trinkwasser-initiative.html>

Tabelle 13: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	39.3	2294	
Alter			V=.16***
18-29 Jahre	27	295	± 5.1
30-39 Jahre	31	280	± 5.4
40-49 Jahre	42	337	± 5.3
50-59 Jahre	38	511	± 4.2
60-69 Jahre	52	421	± 4.8
70 Jahre und älter	41	450	± 4.5
Geschlecht			V=.03
Frauen	41	1146	± 2.8
Männer	38	1148	± 2.8
Bildungsgrad			V=.18***
ohne nachobligatorische Bildung	33	217	± 6.3
berufliche Grundbildung/Berufslehre	29	759	± 3.2
Maturität/höhere Berufsbildung	43	599	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	50	635	± 3.9
Beschäftigungsgrad			V=.08*
Vollzeit (90-100%)	36	1415	± 2.5
Teilzeit zwischen 70% und 89%	46	316	± 5.5
Teilzeit zwischen 50% und 69%	43	259	± 6
Teilzeit weniger als 50%	39	162	± 7.5
Haushaltseinkommen			V=.11**
bis 3'000 CHF	48	99	± 9.9
3'000-5'000 CHF	44	255	± 6.1
5'000-7'000 CHF	34	389	± 4.7
7'000-9'000 CHF	32	367	± 4.8
9'000-11'000 CHF	43	289	± 5.7
über 11'000 CHF	44	541	± 4.2

Die **politischen Einstellungen** waren für die Entscheidung über die Trinkwasser-Initiative teilweise noch relevanter als der Lebensraum, Schichtzugehörigkeit oder Personeneigenschaften (Tabelle 14).

Insgesamt haben folgende politische Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala bei links sowie eine Parteiaffinität für eine grün oder links orientierte Partei. Werteseitig beförderten das Vertrauen in Bauern und die Wirtschaft eher das Nein zur Initiative, während eine Präferenz für Umweltschutz statt wirtschaftlichem Wohlstand und für den Zeitgeist statt für Traditionen das Ja beförderte.

Im **Detail** zeigt sich, dass je weiter links sich eine Person hinsichtlich der politischen **Ideologie** einstuft, desto eher hat er oder sie für die Trinkwasser-Initiative gestimmt. So ergab sich bei Personen von «linksaussen» ein Ja-Anteil von 70 Prozent im Gegensatz zu Personen von «rechtsaussen», die zu 21 Prozent Ja gestimmt haben. Damit übertrifft diese ideell verortete Distanz diejenige nach Stadt/Land deutlich. Die insgesamt starke Ablehnung kam auch durch die Personen zustande, die sich selber in der politischen Mitte verorten. Sie stimmten mit 43 Prozent Ja-Anteil nur leicht stärker als die Teilnehmenden insgesamt für die Trinkwasser-Initiative.

Unter Einbezug der **Parteipräferenzen** kommt zusätzlich der Umweltkonflikt zum Ausdruck. Zwar gab es auch bei den Sympathisierenden von SP und GLP starke Minderheiten für die Initiative, Mehrheiten von 62 Prozent (SP-Anhängerschaft) resp. 57 Prozent (GLP-Anhängerschaft) stimmten im Sinne der jeweiligen Parteiparolen. Der grösste parteiliche Konflikt ergibt sich zwischen der Anhängerschaft der Grünen (77% Ja) zur SVP (18% Ja). Die Anhängerschaft der Mitte (37% Ja) und der FDP (31% Ja) verwarfen die Initiative ebenfalls wuchtig. Wer mit anderen Parteien (30% Ja) oder gar keiner Partei (36%) sympathisiert, lehnte die Initiative ähnlich deutlich ab.

Die Ablehnung war auch ein Vertrauensbeweis in den Bauernstand. Das zeigt die Auswertung nach den **Akteuren**. Nur wer der Bauernschaft geringes Vertrauen entgegenbringt, stimmte mehrheitlich für die Trinkwasser-Initiative. Die grosse Mehrheit, welche den Bäuerinnen und Bauern vertraut, stimmte auch mehrheitlich Nein. Fällt dieses Vertrauen hoch aus (Werte zwischen acht bis zehn auf einer Zehnerskala), war das Verdikt mit lediglich 18 Prozent Ja deutlich. Weniger stark ausgeprägt wirkte sich das Vertrauen in die Wirtschaftsverbände aus. Wer ihnen aber vertraute, lehnte die Initiative mit 30 Prozent Ja-Anteil stärker ab als die übrigen Stimmenden.

Die **Wertehaltungen** prägten das Stimmverhalten. Wie schon die Entscheidung entlang der Parteipräferenzen nahelegte, erhöhte eine Präferenz für Umweltschutz gegenüber dem Wohlstand die Ja-Neigung (60% Ja). Wer den Wohlstand hingegen wichtiger findet als Umweltschutz, lehnte die Initiative mit lediglich 22 Prozent Ja-Anteil überdeutlich ab.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
total	39.3	2294	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.35***
linksaussen (0-2)	70	259	± 5.6
links (3-4)	57	465	± 4.5
Mitte (5)	43	605	± 3.9
rechts (6-7)	21	447	± 3.8
rechtsaussen (8-10)	21	311	± 4.6
Parteisympathie			V=0.4***
SVP	18	420	± 3.7
FDP	31	318	± 5.1
Die Mitte	37	250	± 6
GLP	57	187	± 7.1
SP	62	368	± 5
Grüne	77	213	± 5.6
andere Partei	30	103	± 8.9
keine	36	223	± 6.3
Vertrauen in Bauern			V=0.4***
sehr gering bis gering (0-4)	68	568	± 3.9
mittel (5)	45	553	± 4.1
hoch (6-7)	24	475	± 3.8
sehr hoch (8-10)	18	628	± 3
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=.13***
sehr gering bis gering (0-4)	45	932	± 3.2
mittel (5)	36	617	± 3.8
hoch (6-7)	30	377	± 4.6
sehr hoch (8-10)	30	195	± 6.5
Wertehaltung: «eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz»			V=.33***
Umweltschutz wichtiger	60	885	± 3.2
gemischte Wertehaltung	29	909	± 2.9
Wohlstand wichtiger	22	328	± 4.5

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder B) eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt			V=.23***
Zeitgeist	55	739	± 3.6
gemischte Wertehaltung	34	856	± 3.2
Traditionen schützen	28	570	± 3.7

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **Ja-Motive** (Tabelle 15) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: Direkte Umweltbezüge (20% aller Erstnennungen, 64% aller Nennungen), Gesundheit (35% resp. 57%) sowie Sorge um die Zukunft (14% resp. 35%).

Die Minderheit, die sich für die Trinkwasser-Initiative aussprach, begründete dies mindestens in zweiter Linie mit dem Schutz der Umwelt/Natur (8% aller Erstnennungen, 20% aller Nennungen). Konkreter mit der Reduktion der Mikroverunreinigung (5% resp. 13%) respektive mit dem Gewässerschutz (1% resp. 9%) begründeten weniger Befragte ihre Entscheidung.

Viele Ja-Stimmenden versprachen sich einen Nutzen für die Gesundheit. Als Erstnennung war der Gesundheitsbezug sogar wichtiger als der Umweltschutz. Als wichtigste Einzelkategorie erschien Trinkwasser als wichtige Lebensgrundlage für viele Ja-Stimmende als besonders schützenswert (28% resp. 39%). Die Gesundheitsförderung direkt bewegte 3 Prozent in erster Linie resp. 7 Prozent insgesamt.

Bei der Sorge um die nächste Generation ging es ebenfalls mehrmals explizit darum, Verantwortung zu übernehmen (2% resp. 6%).

Tabelle 15: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Umwelt	20	218	64	641
Schutz der Umwelt/Natur	8	88	20	233
Reduktion Mikroverunreinigung	5	39	13	111
Gewässerschutz	1	11	9	70
Gesundheit	35	310	57	505
sauberes Trinkwasser als Lebensgrundlage	28	225	39	316
Gesundheitsförderung wird vorangetrieben	3	29	7	72
Sorge um Zukunft	8	79	18	188
Verantwortung übernehmen	2	27	6	67
langfristige Probleme	0	4	2	16
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	7	77	19	178
Anderes	7	58	36	319
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	4	0	6
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	6	1	13
weiss nicht / kein Grund angegeben	23	273	64	681

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Nein-Motive gegen die Trinkwasser-Initiative bezogen sich auf die Oberkategorien Landwirtschaft (10% der Erstnennungen, 31% aller Nennungen) die Politik (9% resp. 23%) oder waren wirtschaftlich begründet (7% resp. 20%).

Wie es die Auswertung entlang des Vertrauens in den Bauernstand bereits zum Ausdruck brachte, begründeten viele Befragte ihren Entscheid ganz allgemein mit den Bedürfnissen der Landwirtschaft und brachten damit ihre Solidarität zum Ausdruck. Mit 3 Prozent der Erstnennungen und 11 Prozent insgesamt begründeten viele ihren Entscheid direkt mit dem Slogan der Nein-Kampagne gegen beide Vorlagen und fanden die Forderung zu extrem. Eine Verschlimmerung der Situation oder gar das Aus für die Landwirtschaft waren ebenfalls konkrete Nein-Motive in der Kategorie «Landwirtschaft».

Ähnlich wie die Apostrophierung «extrem» war für viele, die ihren Entscheid mit politischen Motiven begründeten, die Vorlage übertrieben (2% resp. 6%). Ausserdem genügte die Gesetzgebung für einige (3% resp. 5%) und insgesamt 5 Prozent wünschen sich eine andere politische Lösung.

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Contra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Landwirtschaft	10	129	31	402
zu extreme Forderungen für Landwirt*innen	3	30	11	154
verschlimmert die Situation der Landwirtschaft	2	38	9	112
wäre das Aus für die Landwirtschaft	1	14	2	29
politische Gründe	9	117	23	267
übertriebene Vorlage	2	38	6	84
derzeitige Gesetzgebung ist ausreichend	3	42	5	66
muss politisch anders gelöst werden	2	13	5	36
wirtschaftliche Gründe	7	76	20	212
unabhängig vom Ausland	5	44	10	95
Lebensmittelpreise steigen	1	13	5	43
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	27	389	57	788
Anderes	9	96	23	219
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	0	2
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	43	6	77
weiss nicht / kein Grund angegeben	34	418	76	992

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt. (Tabelle 17) Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheide fielen inhaltlich gut fundiert aus⁸: 78 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt.

Insgesamt überzeugten Contra-Argumente etwas besser als Pro-Argumente. Dabei zeigte sich eine gewisse Polarisierung, wenn es um die Rolle der Landwirtschaft geht. Auf der Ja-Seite wurde eher auf eine stärkere Umweltorientierung der Landwirtschaft gepocht, während auf der Nein-Seite vor allem die aktuelle Situation der Schweizer Landwirtschaft vor Augen hatte.

Unter den Pro-Argumenten war der Ansatz, dass einheimisches Futter für die Tierhaltung genutzt werden soll, insgesamt am stärksten gestützt. 55 Prozent aller Stimmenden stimmten dem Argument zu (79% der Ja-Stimmenden, 41% der Nein-Stimmenden). Der Bezug zur intensiven Produktion mit Schäden an Gewässern, Trinkwasser und Böden war insgesamt mit 51 Prozent knapp mehrheitsfähig (84% der Ja-Stimmenden, 30% der Nein-Stimmenden). Nicht mehr mehrheitsfähig, und damit deutlich polarisierter, war die Argumentation der Ja-Seite, wonach von Subventionen in Milliardenhöhe gesprochen werden, die letztlich der Gesundheit schaden (43% insgesamt, 74% der Ja-Stimmenden, 24% der Nein-Stimmenden).

Zwei der drei getesteten Contra-Argumente überzeugten eine Mehrheit der Stimmenden. Mit 59 Prozent überzeugte die Argumentation mit dem Import von Umweltbelastungen als Folge von Produktionseinschränkungen im Inland am meisten überhaupt. 31 der Ja-Stimmenden, jedoch auch 77 Prozent der Nein-Stimmenden, stützten diese Argumentation der Gegenseite. Die existenzielle Bedrohung der Landwirtschaft, die auch als wichtiges Einzelmotiv der Nein-Seite identifiziert wurde, war insgesamt ein mehrheitlich gestütztes Argument. 54 Prozent sahen eine solche Bedrohung, sie polarisierte allerdings stark zwischen den Ja-Stimmenden (18% Zustimmung) und den Nein-Stimmenden (77% Zustimmung). Viel weniger Unterstützung als die Argumentation mit dem Ausland erfuhr die Argumentation mit dem Verzicht auf Subventionen von Betrieben im Inland, welche aus Folge der Initiative keine grösseren betrieblichen Anpassungen vornehmen würden. Lediglich 35 Prozent der Stimmenden bejahten dieses Argument.

⁸ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Tabelle 17: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht / keine Angabe
Es sollten nur so viele Tiere gehalten werden dürfen, wie mit einheimischen Futter gefüttert werden können. Damit wird auch das Tierwohl berücksichtigt.	total	55	36	9
	Ja-Stimmende	79	13	7
	Nein-Stimmende	41	51	8
Unsere Landwirtschaft produziert zu intensiv und belastet damit die Gewässer, das Trinkwasser und die Böden.	total	51	41	8
	Ja-Stimmende	84	8	7
	Nein-Stimmende	30	63	6
Mit Milliarden Steuergeldern wird eine Landwirtschaft subventioniert, die unserer Gesundheit schadet. Damit muss Schluss sein.	total	43	49	8
	Ja-Stimmende	74	19	7
	Nein-Stimmende	24	68	8
Kontra-Argumente				
Wenn Landwirtschaftsbetriebe wegen der Einschränkungen weniger produzieren, muss mehr importiert werden. Umweltbelastungen werden so lediglich ins Ausland verlagert.	total	59	34	7
	Ja-Stimmende	31	60	9
	Nein-Stimmende	77	18	5
Die Schweizer Landwirtschaft wird durch solch strengen Regeln in ihrer Existenz bedroht.	total	54	39	7
	Ja-Stimmende	18	76	6
	Nein-Stimmende	77	16	7
Die Initiative ändert nichts. Denn diejenigen Betriebe, die grössere Anpassungen vornehmen müssten, verzichten dann lieber auf die Direktzahlungen und machen weiter wie bisher.	total	35	41	23
	Ja-Stimmende	26	54	21
	Nein-Stimmende	43	34	24

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 55 Prozent aller Stimmenden (sowie 79% aller Ja-Stimmenden bzw. 41% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass nur so viele Tiere gehalten werden dürfen, wie mit einheimischen Futter gefüttert werden können und damit auch das Tierwohl berücksichtigt werde. 36 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 9 Prozent antworteten mit «Weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente Total 2'294 Ja-Stimmende 1'025, Nein-Stimmende 1'269.

5 Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» («Pestizidverbot-Initiative»)

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Nach vorgeschlagenem Verfassungstext der Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» sollten synthetische Pestizide im Inland sowie der Import von Lebensmitteln, die mit solchen Pestiziden hergestellt worden sind, verboten werden. Betroffen davon wären die Landwirtschaft, die Lebensmittelproduktion, die Verarbeitung von Lebensmitteln, die Pflege von öffentlichen und privaten Grünanlagen sowie der Unterhalt von Infrastrukturen wie Bahngleisen. Das Verbot sollte nach spätestens zehn Jahren vollständig umgesetzt werden, wobei der Bundesrat Ausnahmen hätte definieren können.

Mit Unterstützung von Pro Natura, Bio Suisse, der Kleinbauernvereinigung, Greenpeace sowie dem Fischereiverband kam die Volksinitiative im Juni 2018 mit 121'307 gültigen Unterschriften zustande. Obwohl die Herkunft und Geschichte der Pestizidverbots-Initiative wie auch der konkrete Inhalt mit Ausnahme des Pestizid-Bezugs unterschiedlich sind, wurde die Diskussion nach der Einreichung meist parallel zur Trinkwasser-Initiative geführt (Kapitel 4). Der Bundesrat beantragte dem Parlament, beide agrarpolitischen Initiativen ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die beiden Vorlagen würden zwar wichtige Anliegen aufgreifen, diese könnten jedoch im Rahmen der bereits bestehenden agrarpolitischen Massnahmen umgesetzt werden.

Die Wirtschaftskommission des Nationalrats hat sich vorbehaltlos gegen beide Initiativen ausgesprochen. Vertreter:innen der Linken unterstützen die Trinkwasserinitiative, die Pestizidinitiative war dieser Minderheit jedoch zu radikal. Nach langer Debatte über allfällige direkte oder indirekte Gegenvorschläge empfahl die grosse Kammer schliesslich beide Initiativen zur Ablehnung. Den Vorlagen soll kein direkter oder indirekter Gegenentwurf gegenübergestellt werden. Den Anliegen sollte in der Agrarpolitik 22+ Rechnung getragen werden. Auch der Ständerat lehnte sowohl die Trinkwasser- als auch die Pestizidinitiative ab.

Vergleicht man den Parolenspiegel der wichtigsten Parteien, so ergab sich lediglich bei der GLP eine gewisse Differenzierung, indem sie zwar die Trinkwasser-Initiative zur Annahme empfahl, bei der Pestizidverbots-Initiative jedoch Stimmfreigabe beschloss. Der anders als bei der GLP gefasste Positionsbezug der Biobäuerinnen und -bauern gegen die Trinkwasser-Initiative und für die Pestizidverbots-Initiative schlug medial recht hohe Wellen.⁹ Mit fortlaufender Diskussion und Präsenz der Kampagnen ergab sich aber immer stärker eine gemeinsame Diskussion über die Initiativen. Laut fög-Abstimmungsmonitor¹⁰ behandelten nicht weniger als 80 Prozent der redaktionell erfassten Artikel im Vorfeld der Abstimmung die beiden Initiativen nicht gesondert.

⁹ [Link zum Artikel auf nzz.ch](#)

¹⁰ [Link zum Abstimmungsmonitor des fög](#)

Schliesslich wurde die Pestizidverbots-Initiative mit 39,4 Prozent Ja-Stimmen praktisch im gleichen Mass verworfen wie die Trinkwasser-Initiative. Die auf Gemeindeebene sehr vergleichbaren Resultate zu den beiden Agrarinitiativen, aber auch die vorliegende VOX-Analyse mit über 90 Prozent,

die entweder zweimal Ja oder zweimal Nein gestimmt haben, verweisen auf einen recht geringen Differenzierungsgrad zwischen den beiden Initiativen. Die jeweils etwas weniger als drei Prozent, welche zu den beiden Vorlagen unterschiedlich stimmten, lassen – selbst wenn man beispielsweise das Stimmverhalten der GLP-Anhängerschaft vergleicht – aggregiert auf Gruppen kaum eine Systematik erkennen: Selbst wenn Begründungszusammenhänge und Motive im Einzelfall differieren, die gemeinsame Diskussion der Vorlagen und die parallel geführte Abstimmung übertrug sich weitgehend auf das individuelle Stimmverhalten.

5.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die Unterschiede nach **gesellschaftlichen Gruppen** fallen erneut weniger deutlich aus als entlang des Stadt-Land-Grabens. Laut BFS-Analyse wurde die Pestizidverbots-Initiative auf dem Land mit 29 Prozent Ja-Stimmen-Anteil klar verworfen¹¹, während sie in Kernstädten mit 58 Prozent eine Mehrheit überzeigte. Gerade Frauen und Männer stimmten trotz unterschiedlichen Werthaltungen in der Umweltpolitik auffallend ähnlich (Frauen: 41% Ja, Männer 38% Ja). Jüngere verwarfen mit der Pestizidverbots-Initiative auch die zweite agrarpolitische Vorlage vom 13. Juni 2021 etwas deutlicher als Ältere. Recht deutliche Unterschiede gibt es entlang des Bildungsgrads: Personen ohne Abschluss der Sekundarstufe zwei oder mit abgeschlossener Berufslehre stimmten zu höchstens einem Drittel für die Initiative, während Personen mit höherer Berufsbildung oder Matura zu 43 Prozent und Personen mit tertiärer Bildung sogar zu 50 Prozent für die Initiative votierten. Weniger deutlich fallen Schichtunterschiede entlang der Haushaltseinkommen aus. Deutlich verworfen wurde die Initiative in Haushalten mit mittleren Einkommen. Das soziodemographische Konfliktmuster präsentiert sich auch in den Details auffallend ähnlich wie bei der Trinkwasser-Initiative (vgl. Tabelle 18).

¹¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Tabelle 18: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	39.4	2288	
Alter			V=.17***
18-29 Jahre	27	295	± 5.1
30-39 Jahre	31	277	± 5.4
40-49 Jahre	44	337	± 5.3
50-59 Jahre	41	506	± 4.3
60-69 Jahre	52	419	± 4.8
70 Jahre und älter	38	454	± 4.5
Geschlecht			V=.03
Frauen	41	1145	± 2.8
Männer	38	1143	± 2.8
Bildungsgrad			V=.19***
ohne nachobligatorische Bildung	32	214	± 6.3
berufliche Grundbildung/Berufslehre	29	758	± 3.2
Maturität/höhere Berufsbildung	43	596	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	50	636	± 3.9
Haushaltseinkommen			V=0.1*
bis 3'000 CHF	47	97	± 10
3'000-5'000 CHF	43	259	± 6
5'000-7'000 CHF	35	384	± 4.8
7'000-9'000 CHF	33	363	± 4.9
9'000-11'000 CHF	44	282	± 5.8
über 11'000 CHF	44	541	± 4.2

Die **politischen Merkmale** waren ausschlaggebender für den Stimmentscheid als die soziodemographischen und übertrafen teilweise auch die Unterschiede zwischen Kernstädten und dem Land (Tabelle 19). **Ideologie, Parteisympathie** und **Vertrauen** waren ausschlaggebend, um die deutliche Ablehnung der Pestizidverbots-Initiative zu erklären.

Insgesamt wurde die Initiative von Personen, die sich links und noch deutlicher von Personen, die sich linksausser positionieren, angenommen, jedoch in der Mitte und rechts (klar) abgelehnt. Auch nach Parteien ergibt sich ein sehr vergleichbares Bild wie bei der Abstimmung über die Trinkwasser-Initiative (vgl. Tabelle 14). Die GLP-Anhängerschaft stimmte mit 56 Prozent Ja-Anteil praktisch im gleichen Mass für die Pestizidverbots-

Initiative wie für die Trinkwasser-Initiative, womit die Differenzierung bei der Parolenfassung der Delegierten bei ihrer Anhängerschaft keinen erkennbaren Effekt in Richtung Differenzierung zwischen den Vorlagen erzielte.

Während die Anhängerschaften der SP und besonders deutlich der Grünen mehrheitlich für die Pestizidverbots-Initiative stimmten, lehnten die Mitte-Anhängerschaft sowie diejenige der FDP, der SVP, anderer Parteien und auch Personen ohne Parteibindung die Initiative klar mehrheitlich ab.

Die Abstimmung war auch abhängig vom **Vertrauen** in Akteure. Je höher das Vertrauen in die Bauernschaft, tendenziell auch in Wirtschaftsverbände, desto höher viel der Nein-Anteil aus. Schliesslich war es auch eine Frage der **Werthaltung**. Je höher Befragte den Wohlstand gegenüber dem Umweltschutz bedeutend finden, desto höher viel auch der Nein-Anteil aus. Auch wer eher Traditionen schützt statt mit dem Zeitgeist zu gehen, der lehnte die Initiative ab.

Tabelle 19: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	39.4	2288	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.36***
linksaussen (0-2)	73	260	± 5.4
links (3-4)	57	461	± 4.5
Mitte (5)	43	604	± 3.9
rechts (6-7)	20	449	± 3.7
rechtsaussen (8-10)	21	304	± 4.6
Parteisympathie			V=.44***
SVP	17	418	± 3.6
FDP	30	312	± 5.1
Die Mitte	34	249	± 5.9
GLP	56	186	± 7.1
SP	62	368	± 5
Grüne	84	211	± 4.9
Andere Partei	30	105	± 8.8
keine	35	224	± 6.3
Vertrauen in Bauern			V=.41***
sehr gering bis gering (0-4)	68	568	± 3.9
mittel (5)	46	549	± 4.2
hoch (6-7)	25	467	± 3.9
sehr hoch (8-10)	17	629	± 2.9

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=.17***
sehr gering bis gering (0-4)	47	926	± 3.2
mittel (5)	36	612	± 3.8
hoch (6-7)	29	379	± 4.6
sehr hoch (8-10)	26	191	± 6.2
Wertehaltung: «eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz»			V=.36***
Umweltschutz wichtiger	61	881	± 3.2
gemischte Wertehaltung	27	908	± 2.9
Wohlstand wichtiger	22	321	± 4.5
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder B) eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt"			V=.25***
Zeitgeist	56	736	± 3.6
gemischte Wertehaltung	33	854	± 3.2
Traditionen schützen	28	571	± 3.7

5.3 Die Motive

Bei den offen erfragten **Ja-Motiven** (Tabelle 20) lassen sich drei Hauptkategorien festmachen: Umwelt (42% Erstnennungen, 14,6% aller Nennungen), Gesundheit (12% resp. 41%) und teilweise noch Bezüge zur Landwirtschaft (4% resp. 27%).

Der **Hauptgrund für die Pro-Seite** war demnach auf **Umwelt** ausgerichtet. Direkte Bezüge zu Umwelt oder Umweltschutz dominierten dabei, teilweise wurden konkrete Bezüge zu Biodiversität, der gesellschaftlichen Verantwortung der Umwelt gegenüber oder zum Artensterben vorgenommen. Beim Bezug zur Gesundheit ging es auch um Gesundheitsförderung, gesunde Lebensmittel und die Gesundheit der Gesellschaft. Der Landwirtschaftsbezug bezog sich dabei auf die biologische oder nachhaltige Ausrichtung der Produktion.

Tabelle 20: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Umwelt	42	396	146	1355
Biodiversität	1	11	14	131
gesellschaftliche Verantwortung gegenüber Umwelt übernehmen	2	27	12	116
Artensterben verhindern	1	11	11	100
Gesundheit	12	120	41	425
Gesundheitsförderung	2	11	15	154
gesunde Lebensmittel müssen gewährleistet sein	1	13	7	72
gesunde Gesellschaft	0	1	1	19
Landwirtschaft	4	33	27	270
Biologische Landwirtschaft	0	4	7	63
nachhaltige Landwirtschaft fördern	0	3	6	64
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	4	52	13	136
Anderes	9	79	32	342
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	4	1	10
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	4	1	13
weiss nicht / kein Grund angegeben	28	272	66	635

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** standen zwei Aspekte im Vordergrund (Tabelle 21): Die Landwirtschaft (13% Erstnennungen, 42% aller Nennungen) und wirtschaftliche Gründe (12% resp. 41%). An dritter Stelle wurden politische Motive erkennbar (7% resp. 15%).

Als **Hauptgrund für die Kontra-Seite** kam demnach wie bei der Vertrauensfrage und wie bei den Motiven gegen die Trinkwasser-Initiative die Solidarität mit der **Landwirtschaft** zum Ausdruck. Das zeigt sich bei den Einzelkategorien «zu extreme Forderungen für Landwirt:innen» sowie «verschlimmert die Situation der Landwirtschaft» sehr direkt zum Ausdruck. Als wichtige Einzelnennung ist unter der Kategorie Landwirtschaft auch die Notwendigkeit des Einsatzes von Pestiziden (4% Erstnennungen, 8% aller Nennungen) betont worden. Bei den wirtschaftlichen Gründen fällt auf, dass die Debatte über die steigenden Preise nur relativ selten (1% resp. 6%) als spontanes Motiv genannt wurde. Die Abhängigkeit vom Ausland (4% resp. 11%) sowie der internationale Konkurrenznachteil (1% resp. 7%) waren wichtige wirtschaftliche Beweggründe für das Nein.

Bei den politischen Gründen kam recht oft der Bezug zur geltenden Gesetzgebung und teilweise wurden beide agrarpolitischen Initiativen abgelehnt, weil sie übertrieben waren.

Tabelle 21: Entscheidungsgründe Contra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Landwirtschaft	13	207	42	599
zu extreme Forderungen für Landwirt*innen	1	19	8	112
Notwendigkeit von Pestiziden	4	45	8	94
verschlimmert die Situation der Landwirtschaft	1	20	5	84
wirtschaftliche Gründe	12	160	41	487
unabhängig vom Ausland	4	53	11	143
verschafft internationalen Konkurrenznachteil	1	24	7	103
Lebensmittelpreise steigen	1	23	6	71
politische Gründe	7	91	15	221
derzeitige Gesetzgebung ist ausreichend	4	61	6	102
übertriebene Vorlagen	1	8	3	39
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	26	353	37	502
Anderes	2	23	5	66
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	6	1	10
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	39	6	84
weiss nicht / kein Grund angegeben	36	449	76	1019

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 22 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Pestizidverbots-Initiative entscheidungsrelevant.

Die Stimmenscheidung war insgesamt sehr stark fundiert: 77 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich jeweils eher mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben auch dementsprechend gestimmt.

Insgesamt zeigen die Urteile über die **Pro-Argumente**, dass die Stossrichtung der Initiative gegen Pestizide grundsätzlich gut abgestützt war, obwohl die Argumente stark zwischen der Nein- und der Ja-Seite polarisierten. So pflichteten insgesamt 58 Prozent der Stimmenden (84% der Ja-Stimmenden resp. 42% der Nein-Stimmenden) dem Argument bei, dass die Einhaltung der Forderungen machbar und die die Vorlage langfristig profitabel ist. 55 Prozent (86% resp. 34%) befürchteten, dass ohne Pestizidverbot die Gesundheit langfristig gefährdet ist. Einem grundsätzlichen Stopp des Pestizid-Einsatzes in der Landwirtschaft stimmen 59 Prozent zu (90% resp. 39%).

Die **Kontra-Argumente** zeigen teilweise eine weniger starke Polarisierung. Selbst eine Mehrheit von 54 Prozent der Ja-Stimmenden zeigt sich einverstanden mit dem Gegenargument, dass zusätzliche Auflagen zu einem Preisschub bei den Lebensmitteln führen. Die Nein-Stimmenden waren sogar mit 80 Prozent mit dem Preisargument einverstanden. Damit dürfte die Preisargumentation der Gegnerschaft zwar nicht spontan bei den Nein-Motiven von zentraler Bedeutung gewesen sein, sie war aber im Hintergrund präsent und überzeugte eine Mehrheit von 69 Prozent aller Stimmenden. Der Konkurrenznachteil, welcher bei Importen erwächst, war für 52 Prozent der Stimmenden ein überzeugendes Nein-Argument (35% der Ja-Stimmenden resp. 64% der Nein-Stimmenden). Nicht mehrheitsfähig war die Aussage, dass es bereits genug starke Regeln in der Schweiz gibt, welche den Gebrauch von Pestiziden regeln: Obwohl sie stark polarisierte zwischen Ja- und Nein-Stimmenden (16% resp. 70) waren zeigten sich nur 48 Prozent mit der heutigen Regelung des Pestizideinsatzes zufrieden.

Tabelle 22: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht / keine Angabe
Der Einsatz von synthetischen Pestiziden muss grundsätzlich gestoppt werden. Solche Pestizide haben weder in der Landwirtschaft noch in der Boden- oder Landschaftspflege zu suchen.	Total	59	31	10
	Ja-Stimmende	90	6	5
	Nein-Stimmende	39	48	13
Gewisse Betriebe beweisen schon heute, dass die Forderungen eingehalten werden können. Die Vorlage ist machbar und langfristig profitabel.	Total	58	29	13
	Ja-Stimmende	84	9	7
	Nein-Stimmende	42	43	15
Die Gesundheit der nächsten Generationen ist besonders schlimm betroffen, wenn der Einsatz von synthetischen Pestizide nicht gestoppt wird.	Total	55	34	11
	Ja-Stimmende	86	9	5
	Nein-Stimmende	34	52	14
Kontra-Argumente				
Durch zusätzliche Auflagen für die Landwirtschaft werden die Lebensmittel für die Konsumenten in der Schweiz noch teurer.	Total	69	24	8
	Ja-Stimmende	54	40	6
	Nein-Stimmende	80	13	7
Die Forderungen sorgen bei Importen für einen klaren Konkurrenznachteil im internationalen Markt.	Total	52	27	21
	Ja-Stimmende	35	47	19
	Nein-Stimmende	64	15	21
Die Schweiz hat bereits genug starke Regeln, wenn es um den Gebrauch von synthetischen Pestizide geht.	Total	48	40	12
	Ja-Stimmende	16	76	8
	Nein-Stimmende	70	17	14

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 58 Prozent aller Stimmenden (sowie 84% aller Ja-Stimmenden bzw. 42% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass gewisse Betriebe schon heute beweisen, dass die Forderungen eingehalten werden können und damit die Vorlage machbar und langfristig profitabel ist. 29 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 13 Prozent antworteten mit «Weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente Total 2'288 Ja-Stimmende 960, Nein-Stimmende 1'328.

6 Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

6.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Im Frühjahr 2020 stiegen die Fallzahlen von Corona-Erkrankten und Hospitalisationen schnell an, weshalb der Bundesrat sich auf das Epidemiengesetz und das Notrecht stützen musste, um die notwendigen Massnahmen durchzusetzen. Das Notrecht ist nur auf sechs Monate befristet, weshalb der Bundesrat dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorlegen musste, der im September 2020 angenommen wurde und per sofort in Kraft trat. Damit gelten alle Regelungen bis Ende 2021. Das Covid-19-Gesetz erteilt dem Bundesrat weitere Kompetenzen, um negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft zu mildern. Zum Beispiel regelt es verschiedene Finanzhilfen für Unternehmen und Personen. Das Gesetz ist befristet.

Der Verein «Freunde der Verfassung» hat das Referendum ergriffen. Am 12. Januar 2021 haben sie die nötigen Unterschriften eingereicht und das Referendum ist mit 90'789 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Das Referendumskomitee spricht sich gegen das Gesetz aus, weil es zu schnell und am Volk vorbei erarbeitet wurde. Sie kritisieren, dass damit das Souverän – also die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – übergangen werden und schädliche Elemente wie die Subventionen der Medien beinhaltet, die nichts mit der Corona-Pandemie zu tun hätten.

Am 13. Juni 2021 wurde das Covid-19-Gesetz mit 60,2 Prozent Ja-Stimmen angenommen (16 2/2 Stände-Ja und 4 4/2 Stände-Nein). Damit ist das Covid-19-Gesetz weiterhin gültig bis Ende 2021. Der Verein «Freunde der Verfassung», die Junge SVP und «Mass-Voll» haben rund drei Wochen nach der Abstimmung ein zweites Referendum zum Covid-19-Gesetz zustande gebracht, über das im November 2021 abgestimmt wird.

6.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale zeigen, dass sich die Zustimmung für das Covid-19-Gesetz an einigen solcher Variablen signifikant unterscheidet (Tabelle 23): **Alter**, **Bildung** und **Haushaltseinkommen**. Obwohl die Effekte signifikant sind, muss konstatiert werden, dass die Stärke der Effekte aufgrund der kleinen Cramérs V als gering bis mittel einzustufen sind.

Insgesamt haben folgende soziodemographischen Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Personen, die älter sind (40+), am häufigsten mit einer akademischen Ausbildung abgeschlossen haben oder am häufigsten über ein hohes Haushaltseinkommen (mehr als CHF 9'000) verfügen.

Tabelle 23: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	60.2	2243	
Alter			V=.22***
18-29 Jahre	42	281	± 5.8
30-39 Jahre	46	269	± 6
40-49 Jahre	64	339	± 5.1
50-59 Jahre	60	512	± 4.2
60-69 Jahre	70	407	± 4.4
70 Jahre und älter	69	435	± 4.3
Geschlecht			V=.01
Frauen	60	1119	± 2.9
Männer	60	1124	± 2.9
Bildungsgrad			V=.16***
ohne nachobligatorische Bildung	61	204	± 6.7
berufliche Grundbildung/Berufslehre	50	733	± 3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	61	586	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	71	634	± 3.5
Haushaltseinkommen			V=.14***
bis 3'000 CHF	56	88	± 10.4
3'000-5'000 CHF	67	252	± 5.8
5'000-7'000 CHF	53	377	± 5
7'000-9'000 CHF	57	355	± 5.2
9'000-11'000 CHF	71	278	± 5.4
über 11'000 CHF	67	543	± 4

Im **Detail** zeigt sich hinsichtlich des **Alters** der Stimmenden, dass ältere Personen vergleichsweise häufiger Ja gestimmt haben als jüngere. Beispielsweise haben 18-29-Jährige nur zu 42 Prozent Ja gestimmt, hingegen Personen, die 70 Jahre und älter sind, zu 69 Prozent. Die Effektstärke des Alters ist mittel ($V=0.22$). Es lässt sich kein Unterschied beim **Geschlecht** festhalten.

Hinsichtlich der Schichtzugehörigkeit ergibt sich ein gemischtes Bild: Personen mit sehr hoher **Bildung** haben am häufigsten Ja gestimmt (71%), aber auch Personen ohne nachobligatorischer Bildung haben mit 61 Prozent Ja gestimmt. Ähnlich ist es auch beim **Einkommen**: Am häufigsten haben Personen mit einem Haushaltseinkommen zwischen CHF 9'000 und 11'000 Ja gestimmt, am wenigsten Ja-Stimmen gab es bei denjenigen mit einem Einkommen zwischen CHF 5'000 und 7'000. Die Effektstärke bei der Schichtzugehörigkeit sind gering ($V=0.16$ resp. $V=0.14$).

Wie auch bei den vorherigen Vorlagen zeigen sich die politischen Merkmale als ausschlaggebender für den Stimmentscheid als die soziodemografischen (Tabelle 24). **Ideologie, Parteisympathie, Vertrauen** und **Wertehaltungen** erweisen sich als Faktoren, die allesamt einen stärkeren Einfluss auf die Stimmentscheidung hatten als persönliche Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildung.

Insgesamt haben folgende Eigenschaften einer Person eher zu einem Ja geführt: Auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung eher im Zentrum und links Stehende, Sympathisierende der FDP, Die Mitte, GLP, SP und Grüne und solche, die ein sehr hohes Vertrauen in den Bundesrat, das BAG und die Covid-19-Taskforce, nicht aber in die Freunde der Verfassung, haben.

Im **Detail** zeigt die **Links-Rechts-Selbsteinstufung**, dass das Covid-19-Gesetz von links-aussen (80%), links (73%) und dem politischen Zentrum (69%) mehrheitlich unterstützt wurde – von rechts (45%) und rechtsaussen (44%) hingegen nicht. Dies spiegelt sich auch in der Parteisympathie. Während Sympathisant:innen der SP (84%) und Grüne (79%) am häufigsten Ja stimmten, haben GLP-, FDP-, die Mitte-Sympathisant:innen mehrheitlich Ja gesagt. Nur SVP-Sympathisant:innen waren mehrheitlich dagegen (38%). Die Erklärungskraft liegt bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung und bei der Parteisympathie auf mittlerem Niveau ($V=0.28$ resp. $V=0.35$).

Ebenfalls hohe Erklärungskraft zeigen Variablen für das **Vertrauen**: Wer dem Bundesrat (77%), dem Bundesamt für Gesundheit BAG (81%), der Swiss National COVID-19 Task Force (86%) sehr viel Vertrauen schenkt, stimmte auch Ja (ebenfalls mittlere Effektstärken von $V=0.34$, $V=0.42$ resp. $V=0.52$). Wer hingegen dem Verein Freunde der Verfassung mindestens mittleres Vertrauen schenkt, stimmte mehrheitlich Nein ($V=0.2$). Mit Blick auf **Wertehaltungen** zeigt sich auch, dass diejenigen, die den Kantonen mehr Macht zusprechen möchten (im Vergleich zu mehr Macht dem Bund), mehrheitlich Nein stimmten (38% Ja-Anteil) ($V=0.29$).

Tabelle 24: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	60.2	2243	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.28***
linksaussen (0-2)	80	251	± 4.9
links (3-4)	73	463	± 4.1
Mitte (5)	69	595	± 3.7
rechts (6-7)	45	443	± 4.6
rechtsaussen (8-10)	44	300	± 5.6
Parteisympathie			V=.35***
SVP	38	410	± 4.7
FDP	65	309	± 5.3
Die Mitte	68	245	± 5.8
GLP	74	185	± 6.3
SP	84	366	± 3.8
Grüne	79	208	± 5.5
andere Partei	40	103	± 9.5
keine Partei	54	219	± 6.6
Vertrauen in Bundesrat			V=.34***
sehr gering bis gering (0-4)	30	247	± 5.7
mittel (5)	45	392	± 4.9
hoch (6-7)	56	558	± 4.1
sehr hoch (8-10)	77	990	± 2.6
Vertrauen Freunde der Verfassung			V=0.2***
sehr gering bis gering (0-4)	66	881	± 3.1
mittel (5)	49	363	± 5.2
hoch (6-7)	45	186	± 7.2
sehr hoch (8-10)	44	210	± 6.7
Vertrauen in Bundesamt für Gesundheit BAG			V=.42***
sehr gering bis gering (0-4)	28	441	± 4.2
mittel (5)	55	366	± 5.1
hoch (6-7)	64	518	± 4.1
sehr hoch (8-10)	81	881	± 2.6

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Vertrauen in Swiss National COVID-19 Task Force			V=.52***
sehr gering bis gering (0-4)	22	502	± 3.7
mittel (5)	52	354	± 5.2
hoch (6-7)	71	455	± 4.2
sehr hoch (8-10)	86	854	± 2.3
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der der Bund mehr Macht hat, oder B) eine Schweiz, in der die Kantone mehr Macht haben			V=.29***
Bund mehr Macht	74	553	± 3.6
gemischte Wertehaltung	64	904	± 3.1
Kantone mehr Macht	38	517	± 4.2

6.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Stimmenden mehrere Gründe notieren. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig die Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig sie insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Bei den **Ja-Motiven** (Tabelle 25) lassen sich drei Hauptkategorien festmachen: politische Gesetzgebung (33% Erstnennungen, 58% aller Nennungen), finanzielle Unterstützung (12% resp. 33%) und gesellschaftliche Aspekte (5% resp. 11%).

Der **Hauptgrund für die Pro-Seite** war die politische Gesetzgebung. Am häufigsten wurde angegeben, dass sie Ja gestimmt hätten, weil das Covid-19-Gesetz die nötige Gesetzesgrundlage für den Bundesrat bereitstellt (16% resp. 26%). Ebenfalls wurde häufig genannt, dass es eine klare Führung in Pandemien braucht (7% und 12%) und der Bundesrat einen guten Job mache (7% resp. 11%). Ein zweites zentrales Argument der Pro-Stimmenden war, dass damit die finanzielle Unterstützung gesichert ist: Das Gesetz ermöglicht Finanzhilfen für Firmen (4% resp. 12%) und für Personen (2% resp. 7%). Schliesslich spielten auch gesellschaftliche Aspekte eine Rolle: Es wurde oft angegeben, dass das Ja aus Solidarität mit anderen Personen eingelegt wurde.

Tabelle 25: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Politische Gesetzgebung	33	472	58	814
nötige Gesetzesgrundlage für Bundesrat	16	206	26	336
braucht klare Führung in Pandemien	7	87	12	156
Bundesrat macht einen guten Job	7	121	11	191
Finanzielle Unterstützung	12	205	33	509
Finanzhilfen für Firmen	4	67	12	180
Finanzhilfen für Personen	2	45	7	105
Existenz/Löhne sichern	1	19	4	56
Gesellschaftliche Aspekte	5	73	11	147
Solidarität mit anderen Personen	4	54	6	88
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	11	170	15	243
Anderes	0	8	1	14
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	13	1	15
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	48	3	68
weiss nicht / kein Grund angegeben	35	572	78	1257

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** waren vor allem drei Aspekte wichtig (Tabelle 26), wobei vor allem der erste zentral war. Der meist genannte Hauptgrund vereinte Argumente zur Corona-Politik (37% Erstnennungen, 56% aller Nennungen), am zweithäufigsten wurden wirtschaftliche Gründe genannt (6% resp. 12%) und fast ebenso oft wurden Gründe zur Corona-Pandemie angeführt (4% resp. 11%).

Als **Hauptgrund für die Kontra-Seite** wurden politische Motive genannt. Vor allem wurde hierbei oft genannt, dass das Missbrauchspotenzial des Covid-19-Gesetzes zu hoch sei (15% resp. 20%). Ebenso wurde angeführt, dass dadurch Freiheiten eingeschränkt würden (3% resp. 5%) oder das Nein als Zeichen der Unzufriedenheit mit dem Bundesrat zu interpretieren sei (2% resp. 5%). Die zweiten wichtigen Gründe vereinen wirtschaftliche Argumente: Zum einen seien die Kosten, die das Gesetz verursache, zu hoch (3% resp. 5%). Dann fielen noch vereinzelte Argumente, wie, dass man gegen eine Medienförderung oder grundsätzlich gegen «Big Pharma» sei (vereinzelte Argumente machen gerundet 0% aus). Die dritte Argumentenachse befasst sich mit der Corona-Pandemie, wobei nur ein Argument häufiger als 1 Prozent ausmachte: Das Nein sei aus Sorge vor einem Impfwang eingelegt worden (2% resp. 4%). Erneut gab es vereinzelte Argumente, wie beispielsweise die Sorge vor einer Diskriminierung respektive einer Zweiklassen-Gesellschaft (ebenfalls gerundet 0%).

Tabelle 26: Entscheidungsgründe Contra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Politische Gründe	37	236	56	390
Missbrauchspotenzial	15	81	20	123
mehr Freiheit allgemein	3	36	5	60
Zeichen der Unzufriedenheit mit dem Bundesrat	2	8	5	22
Wirtschaftliche Gründe	6	30	12	66
Kosten zu hoch	3	14	5	26
keine Medienförderung	0	1	0	7
Corona-Pandemie	4	42	11	106
Sorge vor Impfzwang	2	24	4	44
Diskriminierung/Zweiklassen-Gesellschaft	0	7	3	29
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	8	63	13	91
Anderes	3	21	5	34
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	7	1	7
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	4	0	4
weiss nicht / kein Grund angegeben	40	279	79	523

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

6.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten (Tabelle 27). Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheidung war insgesamt stark fundiert: 80 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich stärker mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben dementsprechend gestimmt.

Insgesamt haben die Pro-Argumente mehr Zustimmung erhalten als die Kontra-Argumente (Tabelle 27). Dies entspricht auch dem Abstimmungsergebnis. Interessant ist zudem, dass die Kontra-Argumente stark polarisieren, was an der hohen Ablehnung der Ja-Stimmenden bei Kontra-Argumenten liegt und der weniger starken Ablehnung der Nein-Stimmenden bei den Pro-Argumenten.

Alle **Pro-Argumente** erhielten mehrheitlich Zustimmung. Das erste Pro-Argument, dass die solide Gesetzesbasis benötigt wird, um während der Pandemie gezielt handeln zu können, erhielt 93 Prozent Zustimmung der Ja-Stimmenden, wurde aber von 50 Prozent der Nein-Stimmenden abgelehnt. Von allen Pro-Argumenten ist es dasjenige, das am stärksten polarisiert hat. Dass mit dem Covid-19-Gesetz die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie abgefedert werden, hat 89 Prozent der Ja-Stimmenden und rund ein Drittel der Nein-Stimmenden überzeugt. 85 Prozent der Ja-Stimmenden sind auch davon überzeugt, dass das Gesetz wichtig ist, da das Notrecht nur auf 6 Monate befristet ist. 45 Prozent der Nein-Stimmenden sind davon nicht überzeugt.

Die **Kontra-Argumente** haben insgesamt weniger Zustimmung erhalten (36–39%) als die Pro-Argumente (62–70%) und polarisieren alle sehr stark. Dasjenige Kontra-Argument mit der meisten Zustimmung besagt, dass das Management der Pandemie vor allem Angst verbreitet und der mentalen Gesundheit schade. Während 71 Prozent der Nein-Stimmenden damit einverstanden sind, sind 76 Prozent der Ja-Stimmenden damit nicht einverstanden. Das ist auch das Argument, das am stärksten polarisiert. Das zweite Kontra-Argument besagt, dass die Politik, indem sie Maskenpflicht, Quarantäne und andere Massnahmen beschliesst, mehr Schaden anrichtet als das Virus. Davon sind 66 Prozent der Nein-Stimmenden überzeugt, 76 Prozent der Ja-Stimmenden aber nicht. Schliesslich besagt das dritte Argument, dass beim Verfassen des Covid-19-Gesetzes die Bevölkerung übergangen wurde. Weniger als zwei Drittel der Nein-Stimmenden haben diesem Argument zugestimmt und etwas mehr als zwei Drittel der Ja-Stimmenden nicht.

Tabelle 27: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht / keine Angabe
Die Schweiz braucht eine solide Gesetzesbasis um im weiteren Verlauf der Pandemie gezielt und schnell handeln zu können.	Total	70	22	9
	Ja-Stimmende	93	4	4
	Nein-Stimmende	37	50	13
Mit dem Covid-19-Gesetz werden die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Menschen und Unternehmen in finanzieller Not abgefedert. Das sichert Arbeitsplätze und Löhne.	Total	66	20	14
	Ja-Stimmende	89	4	7
	Nein-Stimmende	34	45	21
Das Gesetz wurde demokratisch beschlossen und ist wichtig, da ein Notrecht auf 6 Monate befristet ist.	Total	62	21	17
	Ja-Stimmende	85	5	10
	Nein-Stimmende	30	45	24
Kontra-Argumente				
Mit dem Management der Pandemie wird vor allem Angst verbreitet. Das schadet der mentalen Gesundheit der Gesellschaft massiv.	Total	39	53	8
	Ja-Stimmende	18	76	6
	Nein-Stimmende	71	19	10
Maskenpflicht, Betriebs-schliessungen und Quarantäne erzeugen massive gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme. Die Politik schadet mehr als das Virus.	Total	37	55	9
	Ja-Stimmende	18	76	6
	Nein-Stimmende	66	24	10
Beim Verfassen des COVID-19-Gesetz wurde die Bevölkerung übergangen.	Total	36	46	18
	Ja-Stimmende	17	69	14
	Nein-Stimmende	64	14	22

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht über-
 all 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 70 Prozent aller Stimmenden (sowie 93% aller Ja-Stimmenden bzw.
 30% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die Schweiz eine solide Gesetzesbasis braucht,
 um im weiteren Verlauf der Pandemie gezielt und schnell handeln zu können. 4 Prozent aller Stimmenden zeigten sich
 damit nicht einverstanden und 4 Prozent antworteten mit «Weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente Total
 2'423 Ja-Stimmende 1'561, Nein-Stimmende 682.

7 Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)

7.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Mit dem Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz) knüpft die Schweiz an ihre bisherige Klimapolitik an. Alle Staaten müssen den Ausstoss von CO₂ und andere Treibhausgasen deutlich reduzieren, um den Klimawandel zu stoppen, von dem auch die Schweiz als Alpenland stark betroffen ist. Die Verpflichtung zur Reduktion des CO₂-Ausstosses ging die Schweiz mit 189 anderen Staaten in Paris ein. Um den Treibhausgassaustoss bis 2030 weiter zu senken, sind verschiedene verschärfende Massnahmen vorgesehen. Finanzielle Anreize, Investitionen und neue Technologien sollen ein klimafreundliches Verhalten fördern. So wird beispielsweise für Flüge oder Heizöl künftig mehr bezahlt und die Elektromobilität wird gefördert.

Das Referendum gegen die Totalrevision des CO₂-Gesetzes wurde vom Zusammenschluss der Wirtschafts- und SVP-Kreise gemeinsam mit der Westschweizer Sektion der Klimastreikbewegung ergriffen. Gemeinsam haben sie 76'622 gültige Unterschriften eingereicht. Sie argumentieren, dass das CO₂-Gesetz für alle teuer werden würde, da mehr Abgaben kommen werden (z.B. Benzin und Diesel oder Heizöl und Gas oder Flüge). Zudem sei es nutzlos, da die Schweiz rund 0,1% zum weltweiten CO₂-Ausstoss beitrage. Schliesslich sei es ungerecht, dass davon Personen mit tiefem und mittlerem Einkommen stärker betroffen seien.¹² Von einer anderen Perspektive argumentiert ein Teil der Klimajugend, die das Nein ergriffen hat: Die Vorlage geht zu wenig weit, da sie nicht reiche, um den Klimawandel zu stoppen.

Am 13. Juni 2021 wurde das CO₂-Gesetz mit 48,4 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt (4 1/2 Stände-Ja und 16 5/2 Stände-Nein). Obwohl das Gesetz breit abgestützt war, hat sie das Volk abgelehnt. Nur in den Kantonen Basel-Stadt, Genf, Neuenburg, Waadt und Zürich hat eine Mehrheit Ja gestimmt. Während die «grüne Welle» im Wahljahr 2019 herrschte und die Klimastreiks Zehntausende mobilisierte, hat es beim CO₂-Gesetz nicht für eine Annahme gereicht. Die Klimapolitik wurde somit ausgebremst.

¹² Link zum Referendumskomitee: [CO₂-Gesetz-Nein](#)

7.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale zeigen, dass sich die Zustimmung für das CO₂-Gesetz an einigen solcher Variablen signifikant unterscheidet (Tabelle 28): **Alter**, **Geschlecht** und **Bildung**. Obwohl die Effekte signifikant sind, muss konstatiert werden, dass die Stärke der Effekte aufgrund der kleinen Cramérs V als (sehr) gering einzustufen sind.

Insgesamt haben folgende soziodemographischen Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Personen, die jünger oder weiblich sind, oder eine hohe akademische Ausbildung abgeschlossen haben.

Tabelle 28: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	48.4	2264	
Alter			V=.15***
18-29 Jahre	62	288	± 5.6
30-39 Jahre	58	271	± 5.9
40-49 Jahre	43	338	± 5.3
50-59 Jahre	48	511	± 4.3
60-69 Jahre	44	413	± 4.8
70 Jahre und älter	41	443	± 4.6
Geschlecht			V=.07**
Frauen	52	1124	± 2.9
Männer	45	1140	± 2.9
Bildungsgrad			V=.23***
ohne nachobligatorische Bildung	27	203	± 6.1
berufliche Grundbildung/Berufslehre	44	740	± 3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	47	592	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	64	645	± 3.7
Haushaltseinkommen			V=.08
bis 3'000 CHF	38	90	± 10.1
3'000-5'000 CHF	48	250	± 6.2
5'000-7'000 CHF	52	384	± 5
7'000-9'000 CHF	55	360	± 5.2
9'000-11'000 CHF	54	289	± 5.8
über 11'000 CHF	49	536	± 4.2

Im **Detail** zeigt sich hinsichtlich des **Alters** der Stimmenden, dass jüngere Personen vergleichsweise häufiger Ja gestimmt haben als ältere. Beispielsweise haben 18–29-Jährige zu 62 Prozent Ja gestimmt, hingegen Personen, die 70 Jahre und älter sind, zu 41 Prozent. Die Effektstärke ist schwach bis mittel. Ebenfalls lässt sich ein Unterschied beim **Geschlecht** festhalten: Etwas mehr Frauen haben Ja gestimmt als Männer. Die Unterschiede sind aber vernachlässigbar ($V=0.07$).

Hinsichtlich der Schichtzugehörigkeit ergibt sich nur ein signifikanter Unterschied beim Bildungsgrad: Personen mit hoher **Bildung** haben tendenziell häufiger Ja gestimmt als solche, ohne akademische Ausbildung. Hierbei zeigt sich auch eine mittlere Effektstärke ($V=0.23$). Beim **Einkommen** zeigt sich zwar, dass Personen mittleren bis hohen Einkommens eher Ja gestimmt hatten (CHF 5'000 – 11'000), jedoch sind die Unterschiede nicht signifikant.

Wie auch bei den vorherigen Vorlagen zeigen sich die politischen Merkmale als ausschlaggebender für den Stimmentscheid als die soziodemografischen (Tabelle 29). **Ideologie, Parteisympathie, Vertrauen** und **Werthaltungen** erweisen sich als Faktoren, die allesamt einen stärkeren Einfluss auf die Stimmentscheidung hatten als persönliche Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildung.

Insgesamt haben folgende Eigenschaften einer Person eher zu einem Ja geführt: Auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung Sympathisierende der Grünen, oder GLP, Personen mit höherem Vertrauen in Umweltverbände und in die Klimaforschung und einer Werthaltung, die den Umweltschutz höher wertet als wirtschaftlicher Wohlstand.

Im **Detail** zeigt die **Links-Rechts-Selbsteinstufung**, dass das CO₂-Gesetz von links aussen (87%) und links (82%) klar gestützt wurde, weniger aber vom politischen Zentrum (41%) und nur wenig von rechts (37%) und kaum von rechts aussen (16%). Dieses Muster zeigt sich auch hinsichtlich der **Parteisympathie**: Das CO₂-Gesetz wurde fast vollständig von Grüne-Sympathisierenden (93%), mit grosser Mehrheit von der GLP (80%) und der SP (73%) getragen. Mit sehr grosser Mehrheit haben Sympathisierende der SVP Nein gestimmt (17%). Die Links-Rechts-Selbsteinstufung sowie die Parteisympathie zeigen auch die grössten Effekte mit einem Cramérs V von 0.5 respektive 0.52.

Ebenfalls hohe Erklärungskraft zeigen Variablen für das **Vertrauen** in die Umweltverbände respektive die Klimaforschung. Je grösser das Vertrauen in die Umweltforschung respektive die Klimaforschung, desto höher wird der Anteil der Ja-Stimmenden: Bei sehr hohem Vertrauen in die Umweltverbände respektive Klimaforschung (8–10 angekreuzt bei einer 10er-Skala) liegt der Ja-Anteil bei 82 Prozent respektive bei 73 Prozent. Auch hier zeigen sich mittlere Effektstärken von 0.44 resp. 0.48. Dasselbe Muster gilt auch für die **Werthaltung**, ob der Umweltschutz oder der wirtschaftliche Wohlstand höher gewichtet werden soll. Bei denjenigen, die den Umweltschutz wichtiger werten, lag der Ja-Anteil bei 71 Prozent. Bei denjenigen, die den wirtschaftlichen Wohlstand höher gewichteten, entsprechend tiefer bei 23 Prozent. Auch dieser Unterschied hat eine mittlere Effektstärke ($V=0.37$).

Tabelle 29: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	48.4	2264	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.5***
linksaussen (0-2)	87	260	± 4.1
links (3-4)	82	463	± 3.5
Mitte (5)	41	598	± 3.9
rechts (6-7)	37	447	± 4.5
rechtsaussen (8-10)	16	304	± 4.1
Parteisympathie			V=.52***
SVP	17	414	± 3.6
FDP	37	313	± 5.4
Die Mitte	47	247	± 6.2
GLP	80	188	± 5.7
SP	73	365	± 4.5
Grüne	93	211	± 3.4
andere Partei	51	104	± 9.7
Keine	34	219	± 6.3
Vertrauen Umweltverbände			V=.44***
sehr gering bis gering (0-4)	21	679	± 3.1
mittel (5)	49	458	± 4.6
hoch (6-7)	59	526	± 4.2
sehr hoch (8-10)	82	508	± 3.3
Vertrauen Klimaforschung			V=.48***
sehr gering bis gering (0-4)	12	386	± 3.2
mittel (5)	30	358	± 4.8
hoch (6-7)	46	465	± 4.5
sehr hoch (8-10)	73	976	± 2.8
Wertehaltung: «eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz»			V=.37***
Umweltschutz wichtiger	71	873	± 3
gemischte Wertehaltung	38	902	± 3.2
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	23	322	± 4.6

7.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Stimmenden mehrere Gründe notieren. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig die Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig sie insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Bei den **Ja-Motiven** lassen sich drei Hauptkategorien festmachen (Tabelle 30): Umweltschutz (42% Erstnennungen, 73% aller Nennungen), politische Gründe (12% resp. 35%) und die Sorge um die «nächste Generation» (10% resp. 26%). Der **Hauptgrund für die Pro-Seite** war der Umweltschutz. Am häufigsten wurde angegeben, dass sie Ja gestimmt hätten, weil mit dem Gesetz der Klimawandel gebremst werden könne (12% resp. 19%) und dringender Handlungsbedarf besteht (12% resp. 19%). Ein zweites zentrales Argument der Pro-Stimmenden ist, dass politisch gehandelt werden müsse: Lieber sollen jetzt kleine Schritte gemacht werden als gar keine (3% resp. 9%), mit dem Gesetz das Klimaabkommen eingehalten werde (3% resp. 7%) und nun politisch gehandelt werden sollte anstatt nur davon zu reden (2% resp. 6%). Schliesslich wurde auch die Sorge um die nächste Generation aufgeführt. Mit dem Gesetz könne man die nächste Generation schützen (4% resp. 6%) und für sie das Reiseverhalten ändern (1% resp. 6%).

Tabelle 30: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Umweltschutz	42	512	73	888
Klimawandel	12	168	19	258
dringend handeln	12	112	19	202
Politische Gründe	12	134	35	358
lieber kleine Schritte als gar keine	3	27	9	57
Klimaabkommen einhalten	3	48	7	89
Handeln statt reden	2	26	6	84
Nächste Generation	10	107	26	323
nächste Generationen schützen	4	47	8	108
Änderung des Reiseverhaltens	1	9	6	56
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	2	24	9	93
Anderes	6	78	22	257
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	7	1	9
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	10	4	21
weiss nicht / kein Grund angegeben	26	284	66	770

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **Nein-Motiven** waren vor allem drei Aspekte zentral (Tabelle 31): Wirtschaftlichen Gründe (27% Erstnennungen resp. 53% aller Nennungen), politische Gründe, die das Gesetz betreffen (15% resp. 26%), und gesellschaftliche Positionen (9% resp. 24%). Als **Hauptgrund für die Kontra-Seite** waren wirtschaftliche Gründe: Nämlich, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht stimmt (14% resp. 20%), zum Beispiel die Erhöhung der Preise von Flugzeugtickets, dass der höhere Benzinpreis ausschlaggebend war oder man grundsätzlich gegen diese Umverteilung sei (3% resp. 5%). Unter politische Gründe fallen das Argument, dass man gegen die CO₂-Steuer sei (5% resp. 7%), dass das Gesetz überladen war (3% resp. 5%) oder dass die derzeitige Gesetzgebung bereits genügt (3% resp. 4%)

Tabelle 31: Entscheidungsgründe Contra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Wirtschaftliche Gründe	27	232	53	482
Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt nicht	14	126	20	191
höherer Benzinpreis	5	40	8	78
gegen Umverteilung	3	22	5	45
Politische Gründe	15	180	26	305
gegen CO ₂ -Steuer	5	72	7	100
Gesetz war überladen	3	34	5	54
derzeitige Gesetzgebung genügt bereits	3	30	4	49
Gesellschaftliche Positionen	9	98	24	245
Schwächt den Mittelstand	3	39	8	82
ländliche Bevölkerung klar im Nachteil	2	20	6	48
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	10	122	18	199
Anderes	8	96	20	211
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	6	0	4
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	0	4	1	10
weiss nicht / kein Grund angegeben	30	370	72	822

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

7.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten. Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheidung war insgesamt stark fundiert: 78 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich stärker mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben dementsprechend gestimmt.

Insgesamt haben alle Argumente eine Mehrheit der Stimmenden gefunden, ausser das Pro-Argument der Umverteilung der Gelder, und das Kontra-Argument, dass die Schweiz sich das CO₂-Gesetz aufgrund der Corona-Pandemie nicht leisten könne (Tabelle 32). Obwohl die Pro-Argumente im Total mehr Zustimmung erhielten, haben sich die Kontra-Argumente bei der Abstimmung durchgesetzt.

Fast alle Pro-Argumente erhielten mehrheitlich Zustimmung. Am meisten Zustimmung erhielt das Argument, dass gegen den Klimawandel entschiedener vorgegangen werden müsse, da er sonst grosse Schäden und hohe Kosten verursache. Diesem Argument haben 92 Prozent der Ja-Stimmenden und 46 Prozent der Nein-Stimmenden zugestimmt. Ähnlich viel Zustimmung im Total erhielt das Argument, dass das Gesetz klimafreundliche Investitionen unterstütze, wodurch zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Während 88 Prozent der Ja-Stimmenden zugestimmt haben, waren 48 Prozent der Nein-Stimmenden nicht einverstanden. Das dritte Pro-Argument, dass Mehrkosten nur für Klimasünder entstehen, hat keine Mehrheit erreicht (47%). Zwar waren 76 Prozent der Ja-Stimmenden damit einverstanden, aber 65 Prozent der Nein-Stimmenden nicht. Dieses Argument hat am stärksten polarisiert.

Die Kontra-Argumente haben ähnlich stark polarisiert wie die Pro-Argumente und insgesamt aber weniger Zustimmung erhalten. Das Argument mit der grössten Zustimmung fokussiert auf die Teuerungen bei der Heizung und dem Autofahren und damit der Schwächung des Mittelstandes. 83 Prozent der Nein-Stimmenden haben diesem Argument zugestimmt, 56 Prozent der Ja-Stimmenden nicht. Knapp eine Mehrheit hat das zweite Kontra-Argument erhalten, dass ein Schweizer Alleingang nichts nütze und dem Gewerbe und der Bevölkerung schade. 75 Prozent der Nein-Stimmenden sind damit einverstanden, 67 Prozent der Ja-Stimmenden nicht. Dementsprechend polarisiert dieses Argument ebenfalls sehr stark. Das dritte Argument erhielt nur einen Drittel Zustimmung insgesamt: Dass aufgrund der Corona-Pandemie die Schweiz sich dieses Gesetz nicht leisten könne, haben 54 Prozent der Nein-Stimmenden zugestimmt, aber 77 Prozent der Ja-Stimmenden nicht.

Tabelle 32: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht / keine Angabe
Gehen wir nicht entschiedener gegen den Klimawandel vor, verursacht er grosse Schäden und hohe Kosten.	Total	68	25	8
	Ja-Stimmende	92	6	2
	Nein-Stimmende	46	43	11
Das Gesetz unterstützt klimafreundliche Investitionen, so entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze.	Total	60	28	12
	Ja-Stimmende	88	6	6
	Nein-Stimmende	36	48	15
Dank Verursacherprinzip und Rückverteilung profitieren alle, die klimafreundlich handeln. Mehrkosten entstehen nur den Klimasündern.	Total	47	41	12
	Ja-Stimmende	76	17	7
	Nein-Stimmende	21	65	14
Kontra-Argumente				
Das neue CO2-Gesetz verteuert das Heizen und Autofahren und schwächt damit den Mittelstand insbesondere in den Randregionen.	Total	60	31	9
	Ja-Stimmende	38	56	7
	Nein-Stimmende	83	8	9
Ein Schweizer Alleingang nützt dem Klima wenig ist aber teuer und schadet dem Gewerbe und der Bevölkerung.	Total	52	40	8
	Ja-Stimmende	28	67	6
	Nein-Stimmende	75	17	8
Wegen der wirtschaftlichen Schäden aufgrund der Corona-Pandemie können wir uns Mehrausgaben und Auflagen zurzeit nicht leisten.	Total	36	53	11
	Ja-Stimmende	18	77	5
	Nein-Stimmende	54	33	13

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 68 Prozent aller Stimmenden (sowie 92% aller Ja-Stimmenden bzw. 46% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass gegen den Klimawandel vorgegangen werden muss, damit keine grosse Schäden und hohe Kosten entstehen. 25 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 8 Prozent antworteten mit «Weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente Total 1'156 Ja-Stimmende 1'108, Nein-Stimmende 2264.

8 Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) («Terrorismus-Gesetz»)

8.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Auch nach den Terroranschlägen 2015 in Paris wurden weitere terroristische Anschläge verübt, weshalb verschiedene Länder wie Deutschland, Frankreich oder Grossbritannien neue Anti-Terror-Gesetze verabschiedet haben. Die Schweiz ist umgeben von Ländern, die von Anschlägen betroffen waren und ihre Gesetze angepasst haben. Laut dem Nachrichtendienst des Bundes (NDB) bleibt die Terrorbedrohung in der Schweiz erhöht. Dementsprechend zielt das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) («Terrorismus-Gesetz») darauf, eine Gesetzeslücke zu schliessen, um die Sicherheit vor terroristischen Attentaten zu erhöhen: Das Terrorismus-Gesetz soll der Polizei erlauben, früher und präventiv gegen terroristische Gefahren vorzugehen. Mit diesem Gesetz können terroristische Gefährder:innen auf Antrag eines Kantons, des NDB oder einer Gemeinde von der Polizei zu Gesprächen aufgeboten zu werden, ein Verbot erhalten, gewisse Orte zu betreten, oder unter Hausarrest gestellt werden.

Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Die Unterschriftensammlung kam am Anfang Dezember 2020 mit 142'800 Unterschriften zustande, die zum einen vom Verein «Freunde der Verfassung» und zum anderen von einer Reihe von Jungparteien eingereicht wurden. Da sich die beiden Gruppierungen ideologisch stark unterscheiden, traten sie jeweils getrennt auf. Das gemeinsame Anliegen teilen sie aber: Sie argumentieren, dass die Definition, was neu als Gefährder:in gelte, zu schwammig sei. So könnten Politiker:innen, Journalist:innen, Klimaaktivist:innen oder sogar Kinder ab 12 Jahren als Terrorist:in gelten. Damit würde die Schweiz ein Polizeistaat werden, der Unschuldige einsperrt und die Menschenrechte missachte.¹³

Am 13. Juni wurde das Terrorismus-Gesetz mit 56,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Als einziger Kanton lehnte Basel-Stadt das Gesetz ab. Somit erhält die Polizei mehr Möglichkeiten, um früher und präventiv gegen terroristische Gefährder:innen vorzugehen und zieht international mit einem strengeren Gesetz anderen europäischen Ländern nach.

¹³ Webseite des Referendumskomitee: [Willkürparagraph](#) und [PMT-Nein](#)

8.2 Der Stimmentscheid nach sozialen und politischen Merkmalen

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 33) zeigen, dass sich die Zustimmung für das Terrorismus-Gesetz an einigen solcher Variablen signifikant unterscheidet: **Alter**, **Geschlecht** und **Haushaltseinkommen**. Obwohl die Effekte signifikant sind, muss konstatiert werden, dass die Stärke der Effekte aufgrund der meist kleinen Cramérs V als (sehr) gering einzustufen sind.

Insgesamt haben folgende soziodemographischen Eigenschaften eher zu einem Ja geführt: Personen, die älter oder männlich sind, oder über ein tendenziell geringes oder hohes Haushaltseinkommen verfügen. Auffällig ist der starke Zusammenhang des Alters: Junge haben signifikant am häufigsten Nein gesagt, Ältere ganz klar Ja.

Tabelle 33: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	56.6	2214	
Alter			V=.27***
18-29 Jahre	34	290	± 5.5
30-39 Jahre	43	260	± 6
40-49 Jahre	57	330	± 5.4
50-59 Jahre	55	491	± 4.4
60-69 Jahre	66	402	± 4.6
70 Jahre und älter	72	441	± 4.2
Geschlecht			V=.05*
Frauen	54	1089	± 3
Männer	59	1125	± 2.9
Bildungsgrad			V=.06
ohne nachobligatorische Bildung	59	203	± 6.8
berufliche Grundbildung/Berufslehre	57	725	± 3.6
Maturität/höhere Berufsbildung	59	574	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	52	629	± 3.9
Haushaltseinkommen			V=.13***
bis 3'000 CHF	58	96	± 9.9
3'000-5'000 CHF	63	237	± 6.1
5'000-7'000 CHF	50	378	± 5
7'000-9'000 CHF	50	356	± 5.2
9'000-11'000 CHF	56	275	± 5.9
über 11'000 CHF	65	538	± 4

Im **Detail** zeigt sich hinsichtlich des **Alters** der Stimmenden, dass ältere Personen vergleichsweise häufiger Ja gestimmt haben als jüngere. Beispielsweise haben 18–29-Jährige nur zu 34 Prozent Ja gestimmt, hingegen Personen, die 70 Jahre und älter sind, zu 72 Prozent. Die Effektstärke ist mittel ($V = 0.27$). Ebenfalls lässt sich ein Unterschied beim **Geschlecht** festhalten: 59 Prozent der Männer haben Ja gestimmt, wohingegen ein geringerer Anteil der Frauen Ja gestimmt haben (54%). Der Effekt ist aber sehr gering ($V = 0.05$).

Hinsichtlich der Schichtzugehörigkeit ergibt sich ein gemischtes Bild: Über alle **Bildungsstufen** hinweg haben alle ungefähr gleich oft Ja gestimmt (zwischen 52–59%, keine signifikanten Unterschiede). Personen mit eher geringem **Einkommen** (< CHF 5'000) oder hohem Einkommen (> CHF 9'000) haben häufiger Ja gestimmt, als Personen mit einem Haushaltseinkommen dazwischen.

Wie auch bei den vorherigen Vorlagen zeigen sich die politischen Merkmale als ausschlaggebender für den Stimmentscheid als die soziodemografischen (mit Ausnahme des **Alters**) (Tabelle 34). **Ideologie, Parteisympathie, Werthaltungen** und **Vertrauen** erweisen sich als Faktoren, die allesamt einen stärkeren Einfluss auf die Stimmentscheidung hatten als persönliche Merkmale wie Alter, Geschlecht oder Bildung.

Insgesamt haben folgende Eigenschaften einer Person eher zu einem Ja geführt: Auf der Links-Rechts-Selbsteinstufung eher im Zentrum und rechts Stehende, Sympathisierende aller Parteien ausser der Mitte und solche, die (sehr) hohes Vertrauen in die Polizei und den Bundesrat haben. Schliesslich zeigt sich auch, dass Personen, die sich eine starke Armee wünschen, mehrheitlich Ja gestimmt haben.

Im **Detail** zeigt die **Links-Rechts-Selbsteinstufung**, dass das «Terrorismus-Gesetz» stark von Personen, die sich im politischen Zentrum (67%), rechtsausen (65%) und rechts (58%) unterstützt wurde. Links (45%) und linksausen (33%) fand die Vorlage kaum Unterstützung. Dieses Muster lässt sich sehr ähnlich auch in der **Parteisympathie** festhalten. Während Sympathisierende der Mitte (66%), FDP (65%), SVP (61%) zustimmten, zeigt sich, dass Sympathisierende der SP mehrheitlich dagegen stimmten (Ja-Anteil von 46%). GLP-Sympathisierende stimmten mehrheitlich Ja (54%) und auch Grüne-Sympathisierende legten zu 50 Prozent ein Ja ein. Auffallend ist, dass die Mehrheit der Grüne- und GLP-Sympathisierenden Ja gestimmt haben, obwohl beide Parteien die Nein-Parole herausgaben. Die Effektstärke ist für die Links-Rechts-Selbsteinstufung und auch die Parteisympathie mittel ($V=0.23$ resp. 0.16).

Ebenfalls hohe Erklärkraft zeigen Variablen für das **Vertrauen** in die Polizei und den Bundesrat. Je grösser das Vertrauen in die Polizei oder den Bundesrat ist, desto höher wird der Anteil der Ja-Stimmenden: Bei sehr hohem Vertrauen in die Polizei (8–10 angekreuzt bei einer 10er-Skala) liegt der Ja-Anteil bei 70 Prozent. Ebenfalls bei hohen 65 Prozent liegt der Ja-Anteil bei Personen mit sehr hohem Vertrauen in den Bundesrat. Die **Werthaltung** zur Armee zeigt dasselbe Muster: Nur Personen, die eine Schweiz ohne Armee bevorzugen, haben mehrheitlich Nein gestimmt. Auffällig ist auch, dass Personen, die angegeben haben, dass die **Corona-Pandemie** keinen Einfluss auf den Stimmentscheid hatte, mehrheitlich Ja gesagt haben (59%).

Tabelle 34: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	56.6	2214	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.23***
linksaussen (0-2)	33	260	± 5.7
links (3-4)	45	450	± 4.6
Mitte (5)	67	587	± 3.8
rechts (6-7)	58	435	± 4.6
rechtsaussen (8-10)	65	299	± 5.4
Parteisympathie			V=.16***
SVP	61	399	± 4.8
FDP	65	311	± 5.3
Die Mitte	66	246	± 5.9
GLP	54	180	± 7.3
SP	46	358	± 5.2
Grüne	50	205	± 6.9
andere Partei	42	107	± 9.4
keine Partei	62	212	± 6.5
Vertrauen in Polizei			V=.29***
sehr gering bis gering (0-4)	29	256	± 5.6
mittel (5)	47	352	± 5.2
hoch (6-7)	52	532	± 4.2
sehr hoch (8-10)	70	1023	± 2.8
Vertrauen Bundesrat			V=.18***
sehr gering bis gering (0-4)	39	240	± 6.2
mittel (5)	49	381	± 5
hoch (6-7)	54	556	± 4.1
sehr hoch (8-10)	65	981	± 3
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit einer starken Armee oder B) eine Schweiz ohne Armee			V=.18***
Schweiz mit starker Armee	66	825	± 3.2
gemischte Wertehaltung	56	622	± 3.9
Schweiz ohne Armee	44	667	± 3.8
Einfluss Corona auf Stimmentscheidung			V=.11***
nicht beeinflusst	59	1776	± 2.3
beeinflusst	45	314	± 5.5

8.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Dabei konnten die Stimmenden mehrere Gründe notieren. Die folgenden Tabellen geben an, wie häufig die Gründe als erstes (Erstnennungen bzw. Hauptgrund) und wie häufig sie insgesamt von den Ja- bzw. Nein-Stimmenden (alle Nennungen) genannt wurden.

Bei den **Ja-Motiven** lassen sich drei Hauptkategorien festmachen (Tabelle 35): «Gegen Terrorismus» (27% Erstnennungen, 42% aller Nennungen), «Verstärkung der Polizei» (19% resp. 33%) und «Sinnvolles Gesetz» Gründe (10% resp. 18%).

Tabelle 35: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Gegen Terrorismus	27	356	42	548
Sicherheit der Schweiz	17	206	22	272
Terrorgefahr ist real	8	111	14	179
gegen Extremist:innen	1	24	2	40
Verstärkung der Polizei	19	256	33	436
Gefahren präventiv stoppen	7	105	13	172
Polizei soll alle technischen Mittel nutzen dürfen	4	58	6	90
schnelles Eingreifen gegen Gefährder:innen	2	22	3	41
sinnvolles Gesetz	10	113	18	211
dringend nötiges Gesetz	4	43	5	58
klares und wichtiges Gesetz	3	18	4	32
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	2	34	3	67
Anderes	2	18	3	34
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	5	1	7
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	3	39	4	63
weiss nicht / kein Grund angegeben	38	512	82	1106

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Der **Hauptgrund für die Pro-Seite** war getrieben von der Angst vor Terrorismus. Am häufigsten wurde angegeben, dass sie Ja gestimmt hätten, weil sie die Sicherheit der Schweiz gegen terroristische Attentate schützen wollen (17% Erstnennungen, 22% aller Nennungen). Danach folgt das Argument, dass die Terrorgefahr real sei (8% resp. 14%), und dass man sich gegen Extremist:innen schützen müsse (1% resp. 2%). Ein zweites zentrales Argument der Pro-Stimmenden ist, dass die Polizei verstärkt werden müsse. Darunter finden sich Gründe wie dass die Gefahren präventiv gestoppt werden müsse (7% resp. 13%), die Polizei alle technischen Mittel nutzen dürfe (4% resp. 6%) und ein schnelles Eingreifen gegen Gefährder:innen notwendig sei (2% resp. 3%). Schliesslich

wurde noch das Gesetz gelobt und als Grund für ein Ja angegeben: Das Terrorismus-Gesetz sei dringend nötig (4% resp. 5%) und ein klares und wichtiges Gesetz (3% resp. 4%).

Bei den **Nein-Motiven** waren vor allem drei Aspekte zentral (Tabelle 36): Der meist genannte Hauptgrund vereinte Argumente zur Macht der Polizei (15% Erstnennungen, 44% aller Nennungen), am zweithäufigsten wurden politische Gründe genannt (17% resp. 41%) und fast ebenso oft wurden Argumente bezüglich eines Überwachungsstaats genannt (19% resp 36%).

Als **Hauptgrund für die Kontra-Seite** wurde die Macht der Polizei genannt: Mit dem neuen Gesetz hätte die Polizei zu viele Befugnisse (6% resp. 16%), es sei Willkür möglich (4% resp. 11%) und, dass das Überwachen von Kindern inakzeptabel sei (1% resp. 5%). Weniger oft aber ebenfalls zentral waren Argumente, die sich auf die politische Gesetzgebung beziehen: Das derzeitige Gesetz würde genügen (7% resp. 13%), das Gesetz würde die Menschenrechte verletzen (3% resp. 7%) und das Gesetz sei ungenau (3% resp. 7%). Ähnlich oft wurde das Argument des Überwachungsstaats angeführt: Mit dem Gesetz verlöre die Schweiz ihren Rechtsstaat (8% resp. 12%) oder die Inhaftierung aufgrund eines Verdachts sei inakzeptabel (4% resp. 9%).

Tabelle 36: Entscheidungsgründe Contra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Zu mächtige Polizei	15	118	44	399
zu viele Befugnisse für die Polizei	6	32	16	147
Willkür möglich	4	29	11	74
Überwachung von Kindern ist inakzeptabel	1	19	5	51
Politische Gründe	17	172	41	365
derzeitiges Gesetz genügt	7	64	13	102
Verletzung der Menschenrechte	3	34	7	68
Gesetz ist zu ungenau	3	25	7	56
Überwachungsstaat	19	170	36	327
kein Rechtsstaat mehr	8	58	12	100
Inhaftierung aufgrund eines Verdachts	4	34	9	83
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	7	82	12	133
Anderes	4	40	8	96
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	1	0	4
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	11	2	25
weiss nicht / kein Grund angegeben	37	287	74	665

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

8.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente vorgelegt, denen sie zustimmen oder die sie ablehnen konnten. Relevant für die Analyse dieser Argumente war nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalteten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheidung war insgesamt gut fundiert: 77 Prozent der Stimmenden waren inhaltlich stärker mit den jeweiligen Pro- oder Kontra-Argumenten einverstanden und haben dementsprechend gestimmt.

Insgesamt haben die Pro- und das Kontra-Argument, das sich auf den Hausarrest aufgrund blossen Verdachts bezieht, von den Ja- und Nein-Stimmenden mehrheitlich Zustimmung erhalten (Tabelle 37). Das bedeutet, eine klare Mehrheit findet, dass die Polizei präventiv eingreifen dürfen sollte, die Polizei stärkere Instrumente bedürfe, der Rechtsstaat mit dem neuen Gesetz erhalten bleibt – aber auch, dass Personen auf blossen Verdacht nicht unter Hausarrest gestellt werden dürften, da dies gegen die Menschenrechte verstosse. Die Ja-Seite mit den Argumenten zur Stärkung der Polizei hat aber unterm Strich mehr überzeugt als die Gefahr des Hausarrests aufgrund eines blossen Verdachts.

Alle Pro-Argumente erhielten grundsätzlich häufiger mehrheitliche Zustimmung im Vergleich zu den Nein-Argumenten. Am meisten Zustimmung von allen Argumenten erhielt das Argument, dass die Polizei auch präventiv eingreifen dürfen müsse, damit sie nicht zu spät dran sei (71% aller Stimmenden, 91% der Ja-Stimmenden). Am zweitmeisten Zustimmung erhielt das Argument, dass die Polizei zusätzliche, stärkere Instrumente benötigt. 90 Prozent der Ja-Stimmenden und zwei Drittel aller Stimmenden haben diesem Argument zugestimmt. 50 Prozent der Nein-Stimmenden sind aber nicht damit einverstanden. Dieses Argument hat am stärksten polarisiert. Am drittmeisten Zustimmung erhielt das Argument, dass präventive Massnahmen verhältnismässig seien, auf den Einzelfall gerichtet, und der Rechtsstaat somit erhalten bleibe (total Zustimmung: 57%). Ja-Stimmende waren zu 83 Prozent einverstanden, Nein-Stimmende mit 50 Prozent nicht einverstanden. Somit hat auch dieses Argument stark polarisiert.

Die Kontra-Argumente haben insgesamt stärker polarisiert und tendenziell weniger Zustimmung erhalten als die Pro-Argumente. Das Kontra-Argument mit am meisten Zustimmung bei allen Stimmenden beinhaltet, dass Personen nicht auf blossen Verdacht unter Hausarrest gestellt werden dürfte und dass dieser Freiheitsentzug gegen die Menschenrechte verstösst (total Zustimmung: 51%). Nein-Stimmende waren zu 80 Prozent einverstanden, Ja-Stimmende zu 61% nicht. Von allen Argumenten hat dieses am stärksten polarisiert. Die beiden anderen Kontra-Argumenten haben bei allen Stimmenden keine Mehrheit erzielt. Dass das Prinzip gegen die Unschuldsvermutung verstösst, hat zwar 73 Prozent der Nein-Stimmenden überzeugt, aber 65 Prozent der Ja-Stimmenden nicht. Mehr Gegenwehr als Zustimmung erhielt das dritte Kontra-Argument, dass die Überwachung in der Schweiz überhandnehme und gestoppt werden müsse. Denn 62 Prozent der Nein-Stimmenden waren damit einverstanden, jedoch 71 Prozent der Ja-Stimmenden nicht.

Tabelle 37: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht / keine Angabe
Wenn die Polizei nur eingreifen kann, wenn schon eine Straftat begangen wurde, ist sie grundsätzlich schon zu spät dran.	Total	71	19	10
	Ja-Stimmende	91	4	5
	Nein-Stimmende	49	39	11
Um terroristische Anschläge wirksam verhindern zu können und die Sicherheit zu erhöhen, braucht die Polizei zusätzliche, stärkere Instrumente.	Total	66	24	11
	Ja-Stimmende	90	4	5
	Nein-Stimmende	36	50	14
Präventive Massnahmen sind verhältnismässig und auf den Einzelfall gerichtet. Der Rechtsstaat bleibt weiterhin erhalten.	Total	57	24	18
	Ja-Stimmende	83	6	11
	Nein-Stimmende	27	50	23
Kontra-Argumente				
Jede Person kann ohne Beweise auf blossen Verdacht hin unter Hausarrest gestellt werden. Dies stellt einen Freiheitsentzug dar und verstösst gegen die Menschenrechte.	Total	51	38	11
	Ja-Stimmende	30	61	8
	Nein-Stimmende	80	10	10
Das Gesetz verstösst gegen das Prinzip der Unschuldsvermutung. Denn jede und jeder ab 12 Jahren kann verdächtigt und eingesperrt werden.	Total	44	41	15
	Ja-Stimmende	23	65	13
	Nein-Stimmende	73	13	14
Die Überwachung nimmt Überhand in der Schweiz. Das muss gestoppt werden.	Total	38	49	13
	Ja-Stimmende	21	71	8
	Nein-Stimmende	62	24	14

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 71 Prozent aller Stimmenden (sowie 91% aller Ja-Stimmenden bzw. 49% aller Nein-Stimmenden) pflchteten dem Pro-Argument bei, dass, die Polizei grundsätzlich schon zu spät dran sei, wenn sie nur eingreifen kann, wenn eine Straftat schon begangen wurde. 19 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 10 Prozent antworteten mit «Weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente Total 2'214 Ja-Stimmende 1'333, Nein-Stimmende 881.

9 Anhang

9.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 13. Juni 2021, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 14. Juni bis 2. Juli 2021 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 38: Technischer Kurzbericht VOX – Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeber	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	14. Juni bis 2. Juli 2021
Stichprobengrösse	minimal 3000, effektiv 3'057 (Papier: 1'225, Online: 1'832) n DCH: 1889, n FCH: 792, n ICH: 376 (Papier: n DCH: 723, n FCH: 342, n ICH: 160) (online: n DCH: 1'166, n FCH: 450, n ICH: 216)
Stichprobenfehler	± 1.8 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

9.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

9.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmer:innen aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 9.1.4 Gewichtung).

Von den beim BFS bestellten 7'500 Adressen haben wir 7'444 erhalten sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'411 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

9.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 13. Juni 2021 umfasst insgesamt 3'057 Befragte, wovon rund 62 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'889), rund 26 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=792) und rund 12 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=376) stammen.

Tabelle 39: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'444
Postretouren/Verstorbene Zielpersonen	47
total gültige Adressen	7'397
Verweigerung/Abmeldungen	79
total realisierte Interviews	3'124
Löschungen aus Qualitätsgründen	67
final verwendete Interviews	3'057

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+22.4 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen. Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat beträgt bei der Trinkwasser-Initiative ±4.3 Prozentpunkte, der Pestizidverbot-Initiative

±2.4 Prozentpunkte, dem Covid-19-Gesetz ±9.5 Prozentpunkte, dem CO₂-Gesetz ±2.6 Prozentpunkte und dem Terrorismusgesetz ±5.4 Prozentpunkte.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 67 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

9.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst, fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischer Merkmale identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «Hot-One-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

9.1.5 Auswertung und Stichprobenfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Der Zufallsfehler erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 40: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung			
Stichprobengrösse		Fehlerquote Basisverteilung	
		50% zu 50%	20% zu 80%
N =	3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N =	2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N =	1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N =	600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N =	100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N =	50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.			

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramér's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammen-

hang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl beizuziehen sind.

9.2 Über die Studie

9.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheidung der Stimmberechtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen, noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmer*innen werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch) frei heruntergeladen werden. Das gilt auch für alle alten VOX-Datensätze und VOX-Berichte.

9.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf [vox.gfsbern.ch](https://www.vox.gfsbern.ch)

9.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ martina.mousson@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

TOBIAS KELLER

Projektleiter i.A., Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computer-gestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politik- und Datenwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



LAURA SALATHE

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ laura.salathe@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



CAMIL ESTERMANN

Praktikant Data Science

✉ camil.ester mann@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Visualisierungen



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SWISS INSIGHTS**
Institute Member

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.